

Die "Volkswacht"
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Bräuvestr. 5/6,
durch die Post und
durch Corpolette zu beziehen.
Preis vierthalb Mrk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.,
Postleistungssatz Nr. 7000.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützungsgebühr!
Verdient für die einsame
Welt, welche über deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Veranstaltungs-Kreise
10 Pfennige.
Unterstütze für die nächste Nummer
müssen bis Montag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Zeitschrift „Die neue Welt“.

Nr. 53.

11. Jahrgang.

Politische Übersicht.

„Vorwärts“ contra Sombart.

I.

Unser Zentralorgan beschäftigte sich vor Kurzem mit dem slawischen Professor der Nationalökonomie Werner Sombart in mehreren Artikeln. Wir halten zunächst die Absicht, der Sache besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da die ursprüngliche Veranlassung des Presseblattes, Nachweis, daß Professor Sombart sich seit einigen Jahren seinen Anschaunungen über Welt- und Flottenpolitik „gepflegt“ haben sollte, aus von untergeordneter Bedeutung er. Die Sache gewann jedoch auch für uns höhere Bedeutung, als der „Vorwärts“ in den Rahmen seiner Beobachtungen auch die sozialpolitische Thätigkeit Sombarts zog insbesondere zum Gegenstand seiner Angriffe auf Sombart in Breslau im November und Dezember v. J. gezeigten Vorträge über „Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ mache. Bekanntlich war es „Volkswacht“, die über jene Vorträge sehr eingehende Berichterstattung auch für eine große Zahl gewerkschaftlicher Blätter übergingen. Auch die Breslauer Arbeiter begrüßten f. g. die Sombartschen Vorträge großem Beifall, ohne deshalb mit Allem einverstanden zu was sie enthielten. Wir sehen uns deshalb auch verantwortlich den Streit „Vorwärts“ contra Sombart unzureichend eingehend zu unterrichten — nur Raumangel, unser Leid, hat diese Berichterstattung noch um ein Tag verzögert.

Ein Leitartikel „Professorale Schnellmauer“ in Nr. 29 „Vorwärts“ besprach die soeben erschienene dritte Ausgabe Sombarts „entsetzlich wohlwollenden“ Büchlein's über Nationalismus und soziale Bewegung im Vergleich zu der Ausgabe des gleichen Werkes. In der ersten Ausgabe Sombart der Sozialdemokratie die Notwendigkeit einer nationalen Politik klarzumachen gesucht. Er legte den Sinn des Nationalismus, wie er ihn erfaßt hatte, in folgenden Ausführungen dar:

„Selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die alten Gegner so weit gehoben denken lassen, daß nur die in das Feld beherrschen, glaube ich, darf man doch niemals denken, daß diese westeuropäische Kultur unbehelligt Gang weiter nehmen wird, ohne daß andere Elemente sich einfügen. Wir dürfen nie vergessen, daß — auch ein Ende der modernen Verkehrsbeziehung — gegen die westliche Kultur nicht allein die russische Kultur oder Kultursturm, sondern auch die sozialistische mehr und mehr ansteigen wird. Die Entwicklung, die wir in den vergangenen Jahrzehnten in Ostasien erlebt haben, dieses rasche Emporsteigen Japans und jetzt der Versuch Chinas, ebenfalls Kultursturm, um von den Früchten des Weltverkehrs mit zu naschen und zu expandieren aus seinem engen Kreise heraus, dieser Entwicklung wird unweigerlich einen Verlauf nehmen, der sowohl dem neuen zu nationalen Gegensätzen führen muß. Es wird eine Überzeugung nach der Augenblick kommen, wo die gesamte westliche Gesellschaft sich sagt: Jetzt sind alle unsere Grenzen überschritten, sondern der, was uns vom Feinde droht. Sympathie ist z. B. die Stellung Amerikas gegenüber der asiatischen Entwicklung. Das ist ein Fall, wo schon jetzt ganz einfach der Nationalismus des Proletariats in die Brüche geht; und er auch im westeuropäischen Proletariat in einem Augenblick sein erreichen, wo es zu Krieg anfangen, wie die Ratten über uns laufen. Eine angestanzte Sympathie mit den ausgesetzten Nationen würde sich als zu schwach erweisen, um die gesunde

nationale Selbstsicherheit zurückzuholen. Sobald ein gemeinsamer Feind die Existenz einer Gemeinschaft überhaupt bedroht, wird diese sich immer wieder ihrer Gemeinschaftsinteressen bewußt werden und sie verteidigen; und unterdessen werden die Gegenseite im eigenen Landen in die zweite Reihe rücken.“

Der „Vorwärts“-Artikel konstatierte nun, daß Sombart, den er „einen systemlosen Sammel- und Fliegendeckten“ nennt, in der dritten Ausgabe diesen ganzen Absatz mit Ausnahme des letzten Satzes gestrichen habe, in dem letzten Satze aber den „gemeinsamen Feind“ in einen „äußerer Feind“ verwandelte. Außerdem hatte Sombart den in einem vorhergehenden Abschnitt enthaltenen Satz: „Doch aber, so weit wir überhaupt zu blicken vermögen, die energische Vertretung nationaler Interessen niemals ganz entbehrlieb werden wird, das freilich muß auch dem Kurzschliff klar sein“, erweitert in: „auch dem Kurzschliff klar und gerade wieder in unserer Zeit klarer denn je geworden sein“. Nur zwei, nach der Meinung des „Vorwärts“ aus Versehen nicht gestrichene Sätze in der dritten Ausgabe sollten den alten Zusammenhang noch verdecken. Sie lauten: „Für Erörterung wird nur immer der Kreis von verwandten Kulturnationen stehen, auf die man die antinationale Gesinnung nicht ausgedehnt sehen möchte. Wo sich solche nationale Gruppen bilden werden, das ist eine Frage, die zu entscheiden uns hier nicht obliegt. . . .“ Der „Vorwärts“ nannte diese Sätze „verlorene, zusammenhanglose Erinnerungen an die vier Jahre ältere Weisheit“ der ersten Ausgabe.

Dem „Vorwärts“ erscheinen die oben zitierten Ausführungen Sombarts von ganz fundamentaler Wichtigkeit für seine damaligen Anschaunungen. Darauf bemerkte er: „Sie zeigten einmal seine westeuropäischen Neigungen gegen den Osten (Russland und Asien), die sich ungefähr in der Gedankenrichtung bewegten, wie sie sich ein Jahr vor dem Erscheinen des Buchs, 1895, in der Kaiserlichen Unterchrift unter das die „gelbe Fahrt“ illustrirende Radars-Bild äußerte: „Voller Europas, währt Eure heiligsten Güter!“

„Sobald aber“, sagt der „Vorwärts“ weiter, „geht aus den Darlegungen hervor, was Sombart unter seinem Nationalismus verstand. Nicht die Einheit einer Rasse, eines Staates, einer Sprache, nicht einmal nur eine staatsrechtliche Einheit — solche staatsrechtliche Einheiten, nicht Naturgebilde, sind unsre heutigen „Nationen“ — kam für ihn in Betracht, sondern die Kulturgemeinschaft, der Verband kulturell gleichförmiger Staaten. „Westeuropa“ war für ihn eine Nation, und der Herr Professor war überzeugt, daß es zu dieser Nation kommen würde. Kurz, Sombart äußerte Anschaunungen über den Nationalismus und die Entwicklung Europas, die zum mindesten den sozialdemokratischen Meinungen recht nahe kamen.“

Die Streichung jenes Absatzes und die Aenderung der Worte „gemeinsamen Feind“ in „äußerer Feind“ erscheint dem „Vorwärts“ als ein vollgültiger Beweis für, daß Sombart sich genauso gut habe, daß er zu einer ganz entgegengesetzten Anschaune gekommen sei, daß er „die Nation wie jüged ein deutscher Student in der ehrwürdigen Willkür“ denke. „Nicht der Nationalismus ein r. Kulturgemeinschaft, sondern der Chauvinismus eines ziemlich willkürlich zusammengestückten staatsrechtlichen Gefüges beherrscht den „klarerer Gelehrten“ sagt der „Vorwärts“ und er fragt dann:

„Was in aller Welt ist geschehen, was Sombarts Überzeugungen so von Grund aus änderte und stärkte? O, nur eine

Kleinigkeit: Der Marinープlan Wilhelm II., dem Professor Werner Sombart seinen klareren Kopf mit Eifer zu widmen die große, opferwillige Sache hat. Dieser gestrichene Abschnitt hätte freilich nicht mehr in die heutige Zeit, wo die Flottenaktivitäten den Krieg aller gegen alle Staaten predigen, wo sie gegen das westeuropäische England heben, währendst das innige Bündnis mit der russischen Unfahrt legen, — diese nationalen Professoren, die wider alle Welt triumphierten, es aber nicht wagen, im nationalen Staateninteresse das Rad stillzulegen, zu fordern, etwas die Annexion der unter dem zaristischen Stock schwachenden deutschen Ostseeprovinzen. Die einstige „Überzeugung“ gegen den Osten ist ein trauriges Opfer der professoralen Marinewegeleiterung von 1899/1900 geworden.

Als Herr Werner Sombart sein Buch das erste Mal in die Welt sandte, war er kein Jungling mehr, der in fürrmender Führung seine Überzeugungen wechselt und abhaut; mit 33 Jahren sollte ein akademischer Lehrer doch schon eine gewisse Weise und Stetigkeit haben. Wenn er trotzdem in ein paar Jahren seine Meinungen so grundsätzlich unter den Eindrücken einer kaiserlichen Flottenvorlage oder aus anderen Motiven wandelt, so kann man ihm vielleicht den Bobspur eines feinemprudenten Staatsmannen gewähren aber nicht den einer wissenschaftlichen Autorität.“

Der „Vorwärts“ betont dann, daß Sombart in der Vorrede zur dritten Ausgabe versichert, nur stilistische Aenderungen vorgenommen zu haben. Davagen habe er von durchgreifenden sachlichen Aenderungen abgeschaut und sende die Schrift im Zustand im wesentlichen gleichlautend, in die Welt hinaus“. Demgegenüber glaubt der „Vorwärts“ konstatiren zu müssen, daß jene Streichung des Absatzes eine grundsätzliche Aenderung der Anschaunungen Sombarts befundet und dieser daher nicht das Recht hatte zu behaupten, er sende seine Schrift ohne durchgreifende sachliche Aenderungen in die Welt hinaus. „Wie die Sätze jetzt folgen“, sagt der „Vorwärts“, können sie unmittelbar in eine amiliche Begründung zur Flottenvorlage hineingeschrieben werden. Wie sie damals lauteten, bilden sie ein sehr starkes Argument gegen die Marinapläne“. Und der „Vorwärts“ schließt seinen Artikel mit folgenden Sätzen:

Entweder ist Herr Sombart sich dessen nicht bewußt geworden, daß jene tendenziös ausgelassene Stelle von höchst wesentlichen, grundlegenden Inhalt war; dann versteht er sich selbst nicht und das, was er schreibt, hat soviel jedes Anspruch auf wissenschaftlichen Credit verloren. Oder aber, ihn hat der Erfolg, schon seit 1898 als ein Prophet der Flottenvorlage zu erkennen, während er in Wirklichkeit damals Argumente gegen die heutige Weltpolitik lieferte. Wenn er aus diesem Grunde die wesentliche Aenderung vornehmen und doch in der Vorrede derlei Aenderungen leugnet, so daß Niemanden der ersten Ausgabe in der dritten die Fassung von 1898 zu lesen glauben müssen, dann ist diese verdeckte Aenderung der Ansichten ein Zeugnis für seine Wahnsinnigkeit, das ihm Niemand neiden wird.“

Zum nächsten Artikel bringen wir eine Vertheidigung Sombarts durch den Genossen Dr. Konrad Schmidt, sowie Sombarts Vertheidigung selbst, um dann zu einer Betrachtung der „Vorwärts“-Angriffe auf den Sozialpolitiker Sombart überzugehen.

Die Flottenvorlage

soll gegenwärtig sehr schlechte Charakter haben. Wer die Aussichten der Flottenvorlage genau verfolgt hat, so schreibt die „Germ.“, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß die Aussichten für das Zustandekommen der Vorlage sich eher verschlechtert als verbessert haben. Die künstlich angefachte Flottenbegierde ist beinahe verzaucht, und auch in den Kreisen der ersten Flottenfreunde machen sich immer mehr Bedenken geltend. Dazu kommt in den Kreisen des Zentrums noch eine

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

(Rädernde Verboten)

Der Kaiser streckte die Hände aus, um dem Wortgefecht zu gebieten. Er lächelte und schien wie aus einem

zu erwachen. „Gut, gut!“ sagte er. „Wir sind von den laufenden abkommen. . . . Wir werden ja sehen.“ Er und fügte hinzu: „Meine Herren, es ist spät geworden. Sie spielen im Schlosse.“

Der Ministerrat war beendet. Die Minister rückten die zurück, standen auf und verneigten sich vor dem Kaiser,

und langsam zurückzog. Aber Se. Majestät wandte sich

zu flüsterte: „Bitte, Herr Rougon, auf ein Wort.“

Während der Herrscher Rougon in eine Fensterseite zugewandt die Exzellenzen am anderen Ende des Gemaches herum. In ihrem Augenblinzeln, ihrem feinen konnte er heimliche Glückwünsche lesen, um sich herumzuplätschern lobendes Zustimmung hören. Der

Minister, ein sehr verschmitzter und erfahrener Geselle, sah ihm besonders niedrig. Es war ein Grundzustand

des Mannes, daß die Freundschaft der Dummen Glück

bei jedem Komplimente verneigte sich Delestang ernst

Rein, kommen Sie mit“, sagte der Kaiser zu Rougon.

entschlossen sich, ihn in sein Studirzimmer zu führen.

einen ziemlich enge Raum, der mit Zeitungen und

die auf den Möbeln herumlagen, überfüllt war.

Und als er sich eine Zigarette an und zeigte Rougon das

Modell einer Kanone, die ein Offizier erfunden

die kleine Kanone sich einem Sir verabschiedete.

nahm einen sehr wohlwollenden Ton an und schien dem Minister beweisen zu wollen, daß er in ungeschmälter Gestalt bei ihm stehe. Dennoch witterte Rougon, daß eine Auseinandersetzung erfolgen würde. Er wollte selber das Gespräch darauf bringen.

„Ich weiß, Sire“, sagte er, „wie heftig ich vor Ihrer Majestät angesprochen werde.“

Der Kaiser lächelte, antwortete aber nicht. Der Hofzug in der That wieder gegen Rougon zu Felde. Er wurde jetzt beschuldigt, seine Wacht zu missbrauchen, durch sein brutales Vorgehen das Kaiserthum bloßzustellen. Die merkwürdigsten Geschichten waren auf seine Kosten im Umlauf, die Korridore des Palastes waren voll von Anekdoten und Klagen, deren Widerhall jeden Morgen in das Kabinett des Kaisers drang.

„Seien Sie sich, Herr Rougon, seien Sie sich“, sagte der Kaiser endlich ganz gemüthsich.

Dann segte er sich selbst und fuhr fort:

„Man liegt mir mit einer Menge von Geschichten in den Ohren. Ich möchte aber lieber mit Ihnen darüber plaudern. Was ist das für eine Sache mit dem Notar, der in Folge seiner Verhaftung in Mort gestorben ist? Es ist, glaub' ich, ein Herr Martineau.“

Rougon gab ruhig nähere Auskunft. Dieser Martineau hätte sich sehr kompromittiert und sei ein Republikaner gewesen, dessen Einfluss im Departement zu großen Gefahren hätte führen können. Er sei verhaftet worden und sei gestorben.

„Ja, ganz recht, er ist gestorben, und das ist eben das Vergerliche dabei“, erwiderte der Monarch. „Die gegnerischen Zeitungen haben sich des Falles bemächtigt und berichten in geheimnisvoller Form und abschließend unvollständig darüber, so daß ein sehr ungünstiger Eindruck erweckt wird. . . . Ich bin

Es ging nicht näher darauf ein und schwieg einige Sekunden, während die Zigarette an seinen Lippen blieb.

„Sie waren kürlich im Deux-Sèvres-Departement“, fuhr er fort, „und haben dort einer Feierlichkeit beigewohnt. Sind Sie der finanziellen Solidität des Herrn Kahn auch ganz sicher?“

„Oh! Absolut sicher!“ rief Rougon.

Er setzte das wieder näher auseinander. Herr Kahn stützte sich auf eine sehr reiche englische Gesellschaft; die Aktien der Eisenbahn von Niort nach Angers würden an der Börse mit Aufgeld gehandelt, es sei das beste Geschäft, das sich nur denken lasse. Der Kaiser schien unglaublich zu bleiben.

„Es sind Befürchtungen vor mir laut geworden“, flüsterte der Kaiser. „Sie begreifen, wie unangenehm es wäre, wenn Ihr Name in einen Krieg verwickelt würde. . . . Freilich, wenn Sie mit das Gegenheil verschwören . . .“

Er ließ diesen zweiten Gegenstand fallen und ging zu einem dritten über.

„So liegt es auch mit dem Präfekten von Deux-Sèvres; die Leute sollen sehr unzufrieden mit ihm sein, habe ich gehört. Er soll unten Alles auf den Kopf gestellt haben. Außerdem soll er der Sohn eines früheren Exekutors sein, dessen sonderbare Gewohnheiten dem Departement Stoff zu allerhand Gerede gaben. . . . Herr Du Poizat ist, glaub' ich, Ihr Freund?“

„Ein guter Freund sogar, Majestät.“

Der Kaiser hatte sich erhoben. Er stand auch Rougon auf. Der erste wanderte bis zu einem der Fenster, kam dann zurück und blies den Rauch in dünnen Fäden aus.

„Sie haben sehr viel Freunde, Herr Rougon“, sagte er mit seinem Dienstenspiel.

„Ja, Sire, sehr viel!“ erwiderte der Minister gerade heraus.

durchgehende Verstimmung über die Behandlung der Katholiken seitens der Regierung; durch die Verschlechterung der Reichsfinanzlage seien die Deckungsspekulationen vollständig über den Haufen geworfen.

Das Referat über das Flottengesetz in der Budgetkommission wird, wie die „Kölner Volkszeitung“ bestätigt, ein Mitglied des Zentrums nicht übernehmen, auch Abgeordneter Müller-Hulda hat das Referat ausdrücklich abgelehnt.

Die Herren machen sich sehr vor. Es werden höhere Vorhabe geboten werden müssen, wenn eine genügende Anzahl Zentrumsmänner umfallen soll.

Ein flottenfeindlicher Bundesfürst.

Der Fürst von Neuß & C. hat eine Aufforderung des Fürsten zu Wied, den Flottenverein zu fördern, dahin beauftragt, daß er bei eingehender Erwägung der Bestrebungen des Flottenvereins und in ernster Würdigung der Wichtigkeit der Kriegsflotte des Deutschen Reiches die großen Gefahren nicht außer Acht lassen könne, welche eine immer weitere Eteigung der finanziellen Rästen durch fortgesetzte Rüstungen für das allgemeine Volkswohl im Geiste haben müsse; und er sich vorbehalten müsse, hierauf bei Beobachtung der Unternehmungen des „Deutschen Flottenvereins“ gewissenhafte Rücksicht zu nehmen. — Neuß & C. hat bekanntlich an der Abstimmung des Bundesraths über die Flottenvorlage nicht teilgenommen. Was sagen die Flottenhämmer zu dieser Erklärung eines deutschen Bundesfürsten?

Zur Wahl in Calbe-Aischerleben.

Nach dem jetzt verkündeten amtlichen Resultat wurden im Gauzen 37.444 Stimmen abgegeben. Kaufmann Georg Blaude-Alten (nationalliberal) erhielt 19.224, Schriftsteller und Stadtverordneter Albert Schmidt Magdeburg (Soz.) 17.920 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Das sozialdemokratische Zentral-Wahlkomitee von Calbe-Aischerleben drücktigt, einen Wahlprotest gegen die Wahl des Herrn Blaude einzutreten. Die bisher bekannt gewordenen Ungezüglichkeiten und Peinflusshungen seien so zahlreich, daß sie vorausichtlich zu einer Rassirung der Wahl Blaude führen würden.

Wir allmählich werden die zahllosen groben Wahlbeeinflussungen und mit denen der Ordnungsglück „Stimmung“ für seinen Kandidaten zu machen versucht hat. Neben den sichtbaren Wahlbeeinflussungen spielen die nicht leicht als solche zu fassenden Peinflusshungen eine viel größere Rolle. So wurden, wie unter Magdeburgisches Parteidemuthe, in Stasifurt, einer reinen Arbeitersiedlung, gegen 1898 für Blaude 298 Stimmen mehr, für Schmidt 311 Stimmen weniger abgegeben. Wer die Stimmung der Bevölkerung kannte und von diesem Resultate hörte, wird der Meinung sein, daß diese Stimmverteilung nicht mit ganz reellen Mitteln bewerkstelligt wurde. Daer sollten die königlichen Bergarbeiter wirklich geglaubt haben, sie seien ebenfalls Magistratsbeamte, verloren Arbeit und Existenz und kamen noch obendrein ins Gefängnis, wenn sie Schmidt wählten? Ist genug gesagt wurde es ihnen, warum sollten sie es nicht glauben? Den Post- und Eisenbahnamtene gingen es gerade so.

Doch die „Freisinnigen“ für die Wahl des Herrn Blaude den Ausdruck gegeben haben, konstatirt ein einwandfreier Zeuge, die freisinnige „Quedlinburger Zeitung“. Das Blatt schreibt: „Überbluden wir das Wahlergebnis, so können wir uns der Überzeugung nicht verschließen, daß Herr Blaude nur dadurch als Sieger aus der Urne hervorging, weil die freisinnigen Wähler ihm zum größten Theile ihre Stimmen gaben. Auch dies geht zu denken. Es ist leider nur zu oft vorgekommen, daß auch die Kreisräte als Reichsräte, als vaterlandslos z. hingen. Es und mit einer Schärfe bekämpft wurden. Die nicht am Tage war.“

Wo steckt die Korruption?

Den Breslauer Sozialdemokraten machen die Konkurrenz e in quanti im preußischen Abgeordnetenhaus den Vorwurf, daß sie ein „System der Korruption“ einführen wollten. Daburch, daß sie unten Wahlmänner eine geringe Entschädigung für den Verlust eines Arbeitstages und an Zeiträumen für einen vierzehntägigen Aufenthalts im Wahllokal gewährten. Was aber sagen die Herren zu folgenden Thesen?:

Im Wahlkreis Stolp-Lauenburg ist bestimmt, bei der letzten Reichstagswahl der Kandidat der Freisinnigen Bemühung Büsenberg mit 11.677 Stimmen gegen den konserватiven Bill mit 12.862 Stimmen unterlegen. Die Wahlprüfungskommission hat jetzt die Beurkundung der Wahl bekräftigt. Der hierzu vorliegende Bericht von 127 Praktizisten erstellt ein anschauliches Bild von dem, was an konservativer Wahlbeeinflussung in Breslau möglich ist. Die Wahlprüfungskommission hat in 98 Wahlbezirken wegen bestimmter Verleumdung des Wahlgeheimnisses beziehungsweise der Wahlfreiheit, in 6 Bezirken wegen Wahlbestechung und in zwei Bezirken wegen Wahlfälschung Beweiserhebungen veranlaßt. Es sollen 34 einzelne Wahlvorfälle und 69 Wahlvorfälle informationell und €25 Zerlegen eidiich vernommen werden.

Konkurrenz. Eine gleiternde Skala der Gereidezölle wird in einem Bericht der „Bsp.“ unter Berüfung auf den Abg. Gang beurkotiert. Danach sollen für das Getreide Normalzölle festgesetzt werden, beispielsweise für die Tonnen Roggen 150 Pf. Alsdann würde der zur Erhebung gelangende Zoll sich auf 10 Pf. ermäßigen, wenn der Auslandsexport bei der Einfahrt sich auf 140 Pf. stellt, aber andererseits sich auf 60 Pf. erhöhen bei einem Auslandsverkauf von nur 90 Pf. Durch eine solche gleiternde Skala würde in endeter Form das erreicht, was der berü-

tigte Antrag Ranfti bezwecke: eine statisch garantirte Verreicherung der Agrarier.

Deutschland entsendet zu der anlässlich der Pariser Weltausstellung in einem französischen Kriegshafen stützenden Flottenstaffel ein Geschwader, bestehend aus dem großen Kreuzer Fürst Bismarck, sowie den Linienschiffen Kaiser Wilhelm II. und Kaiser Friedrich III.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreis 2. Oberpfalz (Amberg) wurde der bisherige Abgeordnete Berno (Zentr.) wieder gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Wesland.

Schweiz. Es steht nun, dem „N. Wien. Tagbl.“ zu Folge, fest, daß es zu keinem neuen Prozeß gegen Luchetti wegen des Attentats auf den Geiseldirektor Perrin kommen wird. Staatsanwalt Navana hat erklärt, daß er keinen Antrag auf Einberufung der Geschworenen stellen, dafür aber bei der Regierung beantragen werde, daß über Luchetti die höchste Strafverjährung verfügt werde, welche nach dem Gesetze auf disziplinarischem Wege gestaltet ist. — Der Mörder wird Sonntag Nachmittags aus seiner unterirdischen Zelle — eine Anschiedung an eine eiserne Regel bat man nicht vorgenommen — geholt werden, da an diesem Tage die sofort nach der That über ihn verhängte zehnjährige Disziplinarstrafe abgelaufen ist. Er wird dann für unbekannte Zeit in eine Einzelzelle gesperrt, aus welcher er täglich nur für einige Minuten an die frische Luft geführt wird. Wie verlautet, soll der Gesundheitszustand Luchettis ein bedenklicher geworden sein.

Es scheint, daß man Luchetti langsam zu Tode markierte und daß dieser in einem Anfall der Verzweiflung ein Attentat auf seinen Peiniger machte.

Oesterreich-Ungarn. Der fortschrittliche Parteidemuthe d. Wiener Gemeinderathes beschloß die gleichzeitige Niederlegung sämtlicher Gemeinderathemandate, falls nicht zugleich mit der etwaigen Sanktionierung und Veröffentlichung des neuen Gemeindestatuts und der neuen Gemeindewahlordnung die Beschreibung von Neuwahlen aus allen vier Wahlkörpern erfolgen sollte.

Weltausstellung in Brüssel. Die Frage einer Brüsseler Weltausstellung im Jahre 1915 wurde am Montag zwischen dem belgischen Ministerpräsidenten De Smet, dem Brüsseler Bürgermeister De Mo, dem Grafen v. Dultremont, dem bisherigen Regierungskommissar bei allen belgischen Ausstellungen, und dem Generaldirektor der Brüsseler Tramwähnen, Janssen, erörtert. Es wurde einstimmig beschlossen, im Jahre 1915 zur Feier der 75-jährigen Unabhängigkeit Belgiens in Brüssel unter Leitung der Regierung eine Weltausstellung zu veranstalten. Eine aus sechs Mitgliedern zusammengesetzte Studienkommission wird sofort eingesetzt, um endgültig die Platzfrage zu entscheiden und die Organisation der Ausstellung in die Wege zu leiten.

Frankreich. Die Regierung hat sich entschlossen, daß von einem Abgeordneten eingebrachte Ämtesiegeleß auf eigene Rechnung zu übernehmen und die Bestimmung hinzuzufügen, daß alle mit dem Dreysus handel zusammenhängenden Streit- und Straßsachen niedergeschlagen werden.

In der Kammer hatte das Ministerium Waldeck-Rousseau einen neuen Erfolg. Launes (Nationalist) begründete in längerer Ausführung seine Verteidigung über den Protze vor dem Staatsgerichtshof. Der Redner beschlägt sich über die Art der Haftesegelheit, welche begangen wurden durch die Haftesungen und willkürlichen Verhaftungen. Der Ministerpräsident erwidert, der Staatsgerichtshof habe als unabhängiger Gerichtshof das Urteil gefällt, das Land habe das Urteil gebilligt. Niemals vorher sei bei einem Prozeß der Verteidigung ein so weiter Spielraum gelassen worden. (Schall.) Er beglückwünscht sich dazu, den Prozeß eingeleitet zu haben, der dem Land die Ruhe wiedergegeben habe, wofür das Land täglich dankbar erzeige. (Lohner Weißfall von der gesammten Linken, Widerpart rechts.) Der Antrag auf einstündige Übergang zur Tagesordnung, gegen den die Regierung nicht auspricht, wird mit 318 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Die Tagesordnung, welche die Erklärung gegen die Regierung billigt und an die sich der Ministerpräsident anschließt, wird mit 234 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Sitzung wird hierauf aufgehoben.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung. Donnerstag, 1. März 1900. — 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes für das Auswärtige Amt. (Berichterstatter Prim von Trenberg.)

Abg. Dr. Gradschner (Soz.): Ich möchte mir gestatten, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, in der die Reichsregierung eine erhebliche Rolle spielt hat, die Stellungnahme der Regierung zur internationalen Haager Friedenskonferenz. Als der Herr Staatssekretär im vorherigen Jahre in seiner Rede für die Friedensordnung die internationalen Beziehungen der Staatenwelt schilderte, hat er ein düsteres Bild emittiert von der Vermehrung der Feindschaften und gemeint, daß es zu der Kunst des Diplomaten in höheren Grade zu Antritt genommen. Die Haager Konferenz, die die Arbeit der Diplomaten wesentlich erleichtern sollte, hat er gar nicht erwähnt. Darüber mag man sich sehr wundern, denn die Konferenz ist ein Raum in der Geschichte. Diese war nicht nur aus Europa, sondern auch aus Amerika und Afrika Delegierte der Mächte zusammen getroffen. Sollte der Staatssekretär deshalb nie auf die Angelegenheit zu sprechen gekommen sein, weil er die Konferenz für völlig bedeutungslos hält? Ich will mich darauf beziehen, daß den eigentlich Zielen der Konferenz durchaus strategische Bedeutung unserer Regierung ein wenig zu dienen ist. Es gab Zeiten, die blühten mit großen Erwartungen auf die Konferenz, andere hatten große Zweifel, noch andere, und dazu gehört auch meine Partei, die Konferenz habe einen breiten Stich ins Romantiziertheit. Sehr verbündete die Konferenz dieser strategischen Zielen. Das ist um so auffälliger, als es 75 Jahr vor offizielle Fragen der Politik, sondern nur allgemeine Fragen des Sicherheits handelte. (Sehr richtig bei den Soz.) Mit der ganzen Entwicklung des Zeitalters ist das Interesse der Bevölkerung gewachsen, nun den aus-gelegt werden müssen, ehe sie Wolffs Bureau veröffentlicht.

wartigen Angelegenheiten der Staaten Kenntnis zu erlangen, man hat nicht einmal die Ergebnisse der Konferenz der Öffentlichkeit mitgeteilt. Allerdings sind ja die Ergebnisse der Konferenz, daß sich das Auswärtige Amt vielleicht gelähmt hat der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es handelt sich einmal um die genannte Humanisierung des Kriegswesens, die Ausdehnung der Haager Konvention auf den Seezug. Den Hauptpunkt ist die Frage der Absturz, ob nicht durch internationale Verträge die Kriege vermindernd und schließlich ganz beseitigt werden könnten. Nun ist eine Konvention zustande gekommen, die alles seitens des Deutschen Reichs schon in Anwendung gebracht ist. Untererseits soll Oberst Schwarzkopf mehr als einmal die Geschäftspunkte in den Vordergrund gestellt haben. Das interessant zu erfahren, was für Geschäftspunkte dies gewesen. Man spricht viel von der Humanisierung des Krieges. Dabei hat die Entwicklung der Technik die Verwüstungen im Kriege viel artiger gemacht als bisher. Wenn die Frage des Schiedsgerichts wieso gut zur Sprache gebracht wäre, dann hätte wahrscheinlich Sinne des Manifestes des Guten gewirkt werden können. Fortschritt ist erzielt, indem es geordnetes Verfahren eingestellt. Es ist eine Liste aufgestellt von Schiedsrichtern, die sofort Funktion treten können. Aber noch einer Klausur soll Schiedsgerichtsverfahren nur eintreten können, wenn es betreffende Staat mit seiner Ehre und seinen Interessen vereinbart hat; also zur eine schiedsbar Verbesse. Ich erinnere daran, wie sich die Sache entwickelt hat. Im Vorjahr dieses Jahres hat der russische Minister das Programm des Krieges aufgestellt, in dem der Gedanke der Absturzung eine Rolle spielte. Danach war die russische Regierung der Meinung, man könne jetzt an einen Ideenaustausch heran gehen, um zukünftigen Rüstungen ein Ziel zu legen; auch sollte vorläufige Untersuchung angezeigt werden über die Wege, mit denen eine Verminderung der Streitkräfte erreichen läßt. Ein gleiches der Absicht des Zaren mit dem Ergebnis der Konferenz steht nicht, daß die Konferenz vollkommen Misserfolg erzielt hat. Der Zaren hat freilich immer gemeint, daß die heutigen Regierungen das Werk des Friedens nicht fördern können. Und wie hat darüber unsere Regierung der Konferenz gegenüber verhalten? In Wahrheit entsandt, die Friedensreden für konnten Ende August vorjähriges Jahr schrieb die „Nord. Allgemeine“ das Deutsche Reich werde sich bemühen, das dochzige Programe des Zaren Nikolaus durchzuführen. Nachher hat man noch einmal geeignete Delegierte nach der Haager Konferenz gesucht, namentlich nur den Namen v. Stengel. Prof. v. Stengel hat das Fähigkeitszeugnis für die Förderung des Friedenswerkes mit Schrift erbracht, die sich auf schärfste gegen die Haager Konferenz ausspricht. (Hört! hört! hört!) Da meint er bei einer Befredigung des kaiserlichen Buches über den ewigen Frieden Kant habe Buch gar nicht erst gemeint. Die Mitglieder der Friedensgesellschaft nennen er phantastische Personen, ein Wunder, daß er über den russischen Kaiser nicht ähnlich ausspricht. Schließlich ist er sich über das Zarenmanifest sehr deutlich aus: „Man weiß nicht ob es mehr Wahnsinn oder Verbrechen ist, wenn bei solcher Dinge dem deutschen Volk der ewige Friede gepredigt wird. (Hört! hört! hört!) Auf Grund einer derartigen Schrift ist von vorn Stengel zum Delegierten der Haager Konferenz gewählt worden. Ein Mann, der von vornbereit die feste Absicht hatte, die Friedensordnung zu durchkreuzen. Da ist es kein Wunder, wenn die Konferenz gegenstand des Spotts geworden ist. Die Regierung selbst als Theaterschau in zwei Aufführungen. Auf der einen Seite machen Komplimente gegenüber dem Zarenmanifest, auf der anderen Seite wir von ihr das Evangelium der unerlässlichen Gnade. Innerhalb eines Staates möglich ist, soll in den Beziehungen zu anderen Völkern unmöglich sein. Wenn man aber an das Ideal des Friedens, der Körpersfriedens nicht glaubt, spreche man es wenigstens aus, mit Wahrheit herrscht. Jedenfalls treibe man nicht eine Kriegsrede, wie ich sie eben gefestigt habe. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß sich im Jahre der Friedenskonferenz die Kriegsreden Völker mehr als sonst gesetzt haben. Freilich durch die heutigen Regierungen können die Beziehungen nicht verbessert werden, kann daher nicht hoffen, daß unsere Regierung je den Frieden fördern wird. Wohl aber hoffe ich, daß sie künftig offenen Karten spielen wird. Dann werden die Völker weniger wissen, daß es bei den heutigen Regierungen noch vor der Friedenskonferenz ein Völkerkrieg geben wird. (Hört! hört! hört!)“

Staatssekretär Graf Bülow: Ich bin dem Herrn Vorsitzenden dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der deutschen Reichsregierung in der Frage der Haager Friedenskonferenz klarzulegen. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser zu dem Zweck vervollständigt, um uns gegen feindliche Kriege zu schützen. Wir haben dem Vorschlag des Kaisers von Russland nichts entgegen zu stellen. Gegenstand des Spotts geworden ist. Die Regierung selbst als Theaterbühne in zwei Aufführungen. Auf der einen Seite machen Komplimente gegenüber dem Zarenmanifest, auf der anderen Seite wir von ihr das Evangelium der unerlässlichen Gnade. Innerhalb eines Staates möglich ist, soll in den Beziehungen zu anderen Völkern unmöglich sein. Wenn man aber an das Ideal des Friedens, der Körpersfriedens nicht glaubt, spreche man es wenigstens aus, mit Wahrheit herrscht. Jedenfalls treibe man nicht eine Kriegsrede, wie ich sie eben gefestigt habe. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß sich im Jahre der Friedenskonferenz die Kriegsreden Völker mehr als sonst gesetzt haben. Freilich durch die heutigen Regierungen können die Beziehungen nicht verbessert werden, kann daher nicht hoffen, daß unsere Regierung je den Frieden fördern wird. Wohl aber hoffe ich, daß sie künftig offenen Karten spielen wird. Dann werden die Völker weniger wissen, daß es bei den heutigen Regierungen noch vor der Friedenskonferenz ein Völkerkrieg geben wird. (Hört! hört! hört!)“

Staatssekretär Graf Bülow: Ich bin dem Herrn Vorsitzenden dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der deutschen Reichsregierung in der Frage der Haager Friedenskonferenz klarzulegen. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser zu dem Zweck vervollständigt, um uns gegen feindliche Kriege zu schützen. Wir haben dem Vorschlag des Kaisers von Russland nichts entgegen zu stellen. Gegenstand des Spotts geworden ist. Die Regierung selbst als Theaterbühne in zwei Aufführungen. Auf der einen Seite machen Komplimente gegenüber dem Zarenmanifest, auf der anderen Seite wir von ihr das Evangelium der unerlässlichen Gnade. Innerhalb eines Staates möglich ist, soll in den Beziehungen zu anderen Völkern unmöglich sein. Wenn man aber an das Ideal des Friedens, der Körpersfriedens nicht glaubt, spreche man es wenigstens aus, mit Wahrheit herrscht. Jedenfalls treibe man nicht eine Kriegsrede, wie ich sie eben gefestigt habe. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß sich im Jahre der Friedenskonferenz die Kriegsreden Völker mehr als sonst gesetzt haben. Freilich durch die heutigen Regierungen können die Beziehungen nicht verbessert werden, kann daher nicht hoffen, daß unsere Regierung je den Frieden fördern wird. Wohl aber hoffe ich, daß sie künftig offenen Karten spielen wird. Dann werden die Völker weniger wissen, daß es bei den heutigen Regierungen noch vor der Friedenskonferenz ein Völkerkrieg geben wird. (Hört! hört! hört!)“

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) fragt an, wieviel die Verhandlungen gediehen seien über die Entschädigung der auf Samoa geschädigten Deutschen und ob die Entschädigung zu der sich England wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe stand, bereits erzielt sei.

In dem Prozeß Wolff contra Hirsch ist es zur Sprache gebracht worden, daß wichtige politische Nachrichten, die auf die Entschädigung einfluß haben könnten, dem Hause Bleichröder zur Kenntnis gebracht werden müssen, ehe sie Wolffs Bureau veröffentlicht.

habe neulich unserer englandfeindlichen Stimmung Ausdruck gegeben. Herr Bebel hat das als lächerlich bezeichnet. Ich habe aber das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Freunde des Herrn Bebel hinter mir. (Lachen links.) Unterstaatssekretär Erbr. v. Richthofen: In der Samoangegenseitigkeit hat der König von Schweden das Schiedsgericht verordneten. Seinen Schiedsspruch werden wir uns unterwerfen. England sind von uns aus die Entschuldigungsansprüche noch nicht eingegangen. Mit dem Bureau Wolff hat das Auswärtige Amt die besten Erfahrungen gemacht, die Belehrungen des Botschafters sind ganz unvergänglich.

Abg. Dr. Voedel (Antl.): Der Friedenskongress war nichts als eine Komödie, sonst wäre der Friede im Sudostia nicht möglich gewesen. Wie war es möglich, daß Cecil Rhodes, die Seele des Krieges, vom deutschen Auswärtigen Amt empfangen wurde. Cecil Rhodes soll Asien englisch machen, vom Kap bis Kato. Ich frage die Regierung, ob Besprechungen zwischen ihr und Cecil Rhodes bestehen, und welche Art sie sind.

Abg. Bebel (Goz.): Herr Liebermann von Sonnenberg hat davon gesprochen, daß ich als wütender Löwe gegen England hege, aber bei näherem Zusehen befand sich unter den Löwenhaften ein Löwe. Wenn ich ihm auf dies Gebiet der Vergleichung folgen wollte, würde ich ihn nicht mit einem Löwen sondern lieber mit einem zahnlosen Bullenreiter vergleichen. (Große Heiterkeit.) An seiner Englandsfresserei finde ich nun wohl einen großer Teil des deutschen Volkes mit mir keinen Gefallen. — Nun noch einige Worte über die Friedenskonferenz. Der Herr Staatssekretär meinte: den deutschen Delegierten sei von den Vertretern aller Nationen die größte Nachsicht zu Theil geworden. Das glaube ich schon; an der Konferenz haben eben nur wohlzogene Leute teilgenommen. Es ist doch merkwürdig, daß unter allen deutschen Staatsdelegierten gerade die Herren Stengel und Born entseident sind, die sich gegen den Gründungsdenken des Manifestes eindert hatten. Aufgabe der deutschen Regierung wäre es gewesen, dem guten Willen zu gelingen, den Gesetzten des Manifestes zur That zu wecken zu lassen. Ich glaube, daß die Frage der Abtötung eine sehr formelle ist, aber sie ist auch nicht unerheblich. Wir hätten noch einmal von ernsthaften Beweisen. (Abg. m.) — ob mit den Rüstungen eingehalten werden kann. Die Verhandlungen waren nur eine Spieldose und das Papier nicht weich, auf das sie geschrieben worden sind. Dabei halte ich die Einrichtung internationaler Schiedsgerichte für durchaus möglich. Ein Staat, der einem Schiedsspruch entgegen einen Krieg provozierte, würde sich von vornherein ins Unrecht setzen. Herr Abg. Voedel hat ganz Recht, wenn er die Haager Konferenz eine Komödie nannte, er hätte nur hinzugeben müssen, daß die deutsche Regierung dabei eine Hauptrolle spielt. Auch ich meine, daß man den Burenkrieg hätte vermeiden können, wenn man ernstlich gewollt hätte. Andererseits müßte aber nach dem Verlauf der Konferenz jede Vermittelung von vorn herein als aussichtslos erscheinen. Aus der ganzen Konferenz ist nur eine Art Humanisierung des Krieges herausgekommen, und die hätte auch ohne so großen Apparat erreicht werden können. (Bravo bei den Soj.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.): Herr Bebel hat mich mit einem zahnlosen Bullenreiter verglichen. Ich akzeptiere diesen Vergleich mit einem so treuen, tapferen Thiere (Große Heiterkeit); ein zahnloser Bullenreiter wird immer noch mit einem Vogel fertig, der sich fortwährend mauert. (Große Heiterkeit.) Die Stimmung des deutschen Volkes gegenüber England ist so, wie ich sie geschildert habe. Dagegen kann Herr Bebel nichts machen, zumal er wirklich schon etwas passiert zu deutsch eine vorübergehende Erholung ist. (Große Heiterkeit)

Abg. Kirch (Bentzum) fragt an, ob der Vertrag, den Preußen mit Österreich im vergangenen Jahre abgeschlossen hat, dem Reichstag nicht vorgelegt werde.

Staatssekretär Freiherr v. Richthofen erwidert, daß der Vertrag seitens Österreichs noch nicht genehmigt sei.

Abg. Kunert (Goz.): Von deutscher und amerikanischer Seite sind häufig Versicherungen freundschaftlicher Beziehungen ausgetauscht worden. Dieser freundschaftlichen Politik steht die konservative agrarische Partei entgegen, und sie wird unterstützt von den Beamten, die hier als Vertreter der Regierung stehen. Ich habe hier einen Geheimrat des früheren Generalsekretärs des Herren von Rheinbaben, naß dem den amerikanischen Kolonialminister statliche Angaben über Zufließungen an die Regierungsmittel geleistet, insbesondere über die Herstellung gesundheitsförderlicher Genussmittel u. dergl. gemacht werden sollen. Die Angelegenheit wird ausdrücklich als streng vertraulich bezeichnet; die nachgeordneten Behörden sollen auf die streng vertrauliche Behandlung besonders aufmerksam gemacht werden. Aus der Weisung, die Angelegenheit streng vertraulich zu behandeln, folgt wohl das schlechte Gewissen. Wie stimmt diese Art Politik überein mit der Neuerung des Grafen Bülow, unsere auswärtige Politik sei aufschlitzig? Wenn Nordamerika uns gegenüber so handelt, wir würden gewiß nicht ruhig zwischen zwei Kulturdiktatoren aufeinander angewiesen sein, sollte man doch durch solche Handlungen nicht im Gegensatz bringen. Ich halte es für sonderbar, daß deutsche Offiziere zwar bei der englischen Armee auftreten könnten, nicht aber bei den Büren. Ein schamloser Handel mit der Krupp-Fabrik ist nur verhindert worden durch das kleine sozialdemokratische Blatt in Essen, das rechtzeitig Alarm schlug. Zum Schluß spreche ich die Hoffnung aus, daß unser auswärtiges Amt ehrlich und nüchtern sein möge, im Gegensatz zu aller Weltmacht und Theatertromantik. Wohin diese führt, seien wir am Ende zu sehen. Diese Politik treibt zum Krieg nach innen und außen. Der Reichstag möge in diesem Konflikt sich auf Seiten des Volkes, speziell des arbeitenden Volkes stellen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Ebenso ohne erhebliche Debatte der Rest des Ordinariums, das Extraordinarum und die Einnahmen. — Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Marine-Etat, zweite Lesung).

* * *

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit dem Marine-Etat. Eine bleierne Langeweile schwieb über den Verhandlungen, die sich matt und schwunglos dahinschleppten. Den Löwenanteil an der Debatte trug Kiautschau. Die bürgerliche Opposition hat vollständig vor der Kolonialpolitik kapituliert, die in den achtzig Jahren von den Richtern und den Bambergern so kräftig bekämpft wurde. Es war auf ein schwaches Nachhall schwächer Räuspern, daß der freiwillige Volksparteier Eichhoff an den Beziehungen Deutsch-Chinas einige Rücksicht übte, die er durch zahlreiche Komplimente vor dem Staatssekretär, dem Verwaltungstalent der Marinestaffiere u. s. w. noch mehr abzuschwänzen bestrebt war. Man fühlte sich förmlich dem Präsidenten zum Dank verpflichtet, daß er ein Körnchen Salz in die breite freisinnige Wassersuppe warf. Als Herr Eichhoff vom Hundersten ins Tausendste, von China nach Africa und von Kiautschau auf Usambara kam, warf Graf Ballestrem unter allgemeiner Heiterkeit die trockene Bemerkung dazwischen: in Kiautschau wählt kein Usambara-Küfer. — Gegenüber der Schwäche der bürgerlichen Opposition ist den Kolonialpolitikern, als deren Hauptvertreter wie gewöhnlich, so auch heute der alddutsche Professor Hassé austrat, der Raum gewaltig geschwollen; man hat — ein unerhörter Vergang in der Geschichte des Parlamentarismus — den Etat für Kiautschau mit Überzeugung der Kommission direkt ans Plenum gebracht. Abg. Richter erzielte einigermaßen schief dies Verfahren; der Antrag seiner Fraktion auf Berweisung des Etats an die Budgetkommission fand denn auch Annahme. Was an Leben in den übrigen Theilen der Berichtigung kam, ist ausßließlich

aufs Konto unserer Fraktion zu schreiben. Singer brachte die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zur Sprache. Staatssekretär Eichhoff bewährte sich aufs Neue als Meister in der Kunst, rosenfarbene Bilder zu zeichnen: hatte er beim Abgeordneten Eichhoff gegenüber berückende Zukunftsbilder von der Entwicklung Kiautschau aus seiner Phantasie hervorgezaubert, so pries er, gegen unseren Fraktionsredner gewandt, mit vollen Backen die kaiserlichen Werften als Musteranstalten; die Linke nahm diese Redewendung mit gebührender Heiterkeit auf. Genosse Schwarzkopf (links) regte an, die Kosten u. s. w. Vermessungen während der großen Seemarke einzustellen, weil zu dieser Zeit nicht die genügende Anzahl Fahrzeuge zur Verfügung stehen; Herr Eichhoff antwortete nicht unverbindlich, ohne aber bestimmte Zusagen zu machen. Wenn noch erwähnt wird, daß der Reichstag sich dazu ausschwang, von einer Mehrforderung für die Überwachung der Kieler Werft drei ganze Schulen abzustreichen, so ist Alles gesagt, was sich beim besten Willen über die heutige Sitzung sagen läßt.

Morgen steht der Etat der Zölle, Verbrancksteuern, Stempelabgaben u. s. w. zur Berichtigung.

158. Sitzung. Freitag, den 2. März. — 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berichtigung des Marine-Etats in Verbindung mit der Berichtigung des Etats für Kiautschau. Die Berichtigung beginnt mit den „fortdauernden Ausgaben“ Titel „Staatssekretär.“

Abg. Eichhoff (freil. Vp.): Ich werde mich in meinen Ausführungen auf den Etat für Kiautschau beziehen und beantrage, ihn an die Budgetkommission zu senden. Wir haben es seiner Zeit bekannt, daß uns die Regierung diesen maritimen Standpunkt in Cöln stellte. Die Entwicklung dort hängt vor allem ab von dem Bau von Eisenbahnen in das Innere, um den Kohlenreichthum zu erschließen, der sich im Hinterlande von Kiautschau findet. Mit den leitenden Verwaltungsprinzipien der neuen Kolonie sind wir einverstanden, allerdings fehlt ihr noch die Voraussetzung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die finanzielle Selbstständigkeit. Jedemfalls haben aber die Marineoffiziere bisher besseres Verwaltungstalent gezeigt, als die Beamten und Konsuln in anderen Kolonien. Nur die gesundheitlichen Verbündnisse der Kolonie sind durchaus nicht so, wie sie uns früher geschildert wurden. Die vorliegende Denkschrift verschleiert zu manches, was besser klar und deutlich ausgesprochen wäre. Die Denkschrift behauptet weiter, daß die Gesundheitsverhältnisse in Kiautschau nicht wesentlich von klimatischen Verhältnissen abhängig seien und daß das Krankheitsbild der Malaria niemals in den Vordergrund getreten sei, anderweitige Meldungen berichten aber das Gegenteil. Darmtyphus und Ruhr sind besonders häufig aufgetreten. Der Grund wird in den mangelnden Wasserversorgung und den Wohnungsverhältnissen gesucht.

Staatssekretär Eichhoff: Die erste Eisenbahn in Kiautschau wird jedenfalls in zwei Jahren fertig gestellt sein. Die Gesundheitsverhältnisse liegen ja allerding nicht sehr günstig. Die Zahl der Erkrankungen können wir in der Denkschrift nicht angeben, da das Material noch nicht vorlag. In der Kommission werde ich es Ihnen zur Verfügung stellen. Malaria ist nur in einem Falle vorgekommen. Bis zum nächsten Sommer wird es höchstens gelingen, eine Centralwasserleitung dort einzurichten und dann werden die Dorfkrankeiten zum größten Theil verschwinden.

Abg. Dr. Hesse (antl.): Ich möchte nicht, was in der Kommission mit dem Etat für Kiautschau gemacht werden sollte. Die Budgetkommission könnte auch nichts daran ändern, daß in Kiautschau im vergangenen Jahre eine Epidemie ausgebrochen ist. (Lachen links.)

Abg. Richter (fr. Vp.): Es handelt sich hier um eine erhebliche Mehrausgabe, die unter keinen Umständen der Nachprüfung der Budgetkommission entzogen werden darf. Am wenigsten kann bei einem schwach besetzten Hause daran gedacht werden, die zweite Lesung gleich im Plenum vorzunehmen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

Bei Kapitel 60 (Zölle und Wersten) bemerkt

Abg. Singer (Goz.): Die auf den Werften eingeführte Dienstalterszulage ist nur ein Versuch, die Arbeiter an die Schule zu lehren. Diejenigen Arbeiter, die fünf Jahre im Dienste der Werft gestanden haben, erhalten eine Dienstalterszulage von 6 Mt. Nach Ablauf von 25 Jahren ist das höchstens erreicht. Man kann nicht behaupten, daß in der sozialen Fürsorge ein erheblicher Fortschritt gemacht ist, wenn man einer Arbeiterfamilie schließlich 25 Pfund Alterszulage gibt. Wenn die Leistungsfähigkeit im Laufe der Zeit ab, so wird der Arbeiter in eine niedrigere Lohnklasse versetzt. Die Zulage wird dem Arbeiter erst nach 25 Jahren ausgeschüttet, und auch nicht sofort, sondern nur der vierte Theil. Die Bewilligung der Dienstalterszulage hängt auch von der Pflichttreue des Arbeiters ab. Im Laufe der 25 Jahre werden die Zugagen nur in defektoralen Rothällen ausgezahlt. Es wird auch darüber gefragt, daß die älteren minder leistungsfähigen Leute in niedrige Lohnklassen versetzt werden. Die Werften sollen in der sozialen Fürsorge Missverständnisse löschen. Daran scheint aber der Werftverwaltung nicht gelegen zu sein.

In einem kleinen Pfeilsatz solles Arbeiter bei einem Lohn von 2.40, 2.60, 2.80 Mt. befriedigt werden. Denn kann doch kein verarbeiteter Arbeiter auskommen. Es ist Senners der Werftarbeiter der Wunsch aufgelistet worden, es möchten ehrliche Lohnsätze für ein- und dieselben Arbeiterkategorien eingeführt werden.

In Blühmsbaben wurde fürstlich ein Baugrubenbetrieb an die Privatbanken übertragen. Die Witwenindustriellen beschäftigten überwiegend holländische Arbeiter, die auf Schiffen wohnten und deshalb billiger bezahlt wurden als die Westarbeiter, die früher das Baggern ausführten. Die früher mit dem Baggern beschäftigten Arbeiter kamen in andere Abteilungen und wechseln zu niedrigeren Löhnern, als sie bisher gehabt hatten. (Hört! hört! links.) Unter diesen Umständen muß ich die Werftverwaltung bitten, für Besteuerung der Zöllerverhältnisse zu sorgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es würde mich freuen, wenn sich die Werftverwaltung entschloß, wahre Fürsorge den Arbeitern gegenüber zu halten. (Beschluß bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Eichhoff: Die Dienstalterszulagen stellen sich wesentlich höher als Herr Singer angegeben hat. Wir wünschen, daß die Arbeiter sich bei uns wohl fühlen. Bei der Versetzung in niedrigere Lohnklassen soll mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Ich habe eine dementsprechende Bestellung erlassen. Wenn aber die Leistungsfähigkeit des Arbeiters abnimmt, so ist es doch natürlich, daß sich der Lohn verkürzt. Wenn die Alterszulage die Arbeiter an die Schule fesselt, so ist das doch ein Fehler, daß sie werthvoll für

sie ist.

Abg. Singer (Goz.): Der Grundsatz: Geringere Arbeitskraft, geringerer Lohn ist ganz verehrt. Bei den Beamten steigt das Gehalt mit den Jahren. — Ueber die niedrigen, ganz unzureichenden Löne hat sich der Staatssekretär gar nicht gekümmert. Er holt das höchstens noch nach. Die Werften müßten Musteranstalten sein. Hoffentlich sorgt der Herr Staatssekretär dafür, daß er diesen neuen Ruhm seinen übrigen Nachmessen recht bald noch abzuholzen kann. (Heiterkeit und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Eichhoff: Die niedrigen Lohnsätze, die Herr Singer anzuführt hat, treffen höchstens für Handlanger zu. Die Arbeiterausfälle haben die Alterszulagen mit Freuden begrüßt.

Abg. Richter (fr. Vp.): Ueber die Alterszulagen denke ich nicht so genau wie Herr Singer. Ich hoffe aber, daß das von Herrn Singer gesuchte Ziel erreicht wird.

In demselben Kapitel beantragt die Kommission statt der für die Werften geforderten 45 Schulen nur 42 zu bewilligen. Das Haus beschließt so. Zur übrigen wird das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel „Vermessungswesen“ bemerkt

Abg. Schwarzkopf (Goz.): Ich habe an den Herren der großen Gütern und Mandatör die Vermessungen einzustellen, wenn die Brillen und Dampfsäulen der Gütern und Mandatör abgenommen sind. Zu meiner Anfrage veranlaßt mich ein Unfall aus dem Jahre 1898, wo die Vermessungen von einer vollkommen unvorsichtigen Zölle vorgenommen wurden. Als die Zölle bei der Landung die Brandungszone passierte, warf die See das Boot kopfüber. Dabei verlor 3 Mann das Leben. Da sollten die Vermessungsarbeiten lieber auf 2 oder 3 Wochen eingestellt werden. (Bravo! links.)

Staatssekretär Eichhoff erwidert, im Allgemeinen werden Brillen und Dampfsäulen der Gütern und Mandatör abgenommen. In einem Einzelfalle mag das vorgenommen sein. Es lag im Interesse des betreffenden Kommandirenden die Vermessungsarbeiten fortzusetzen oder nicht.

Der Rest der sozialen Ausgaben wird hierauf bewilligt. Es folgen die „extra maligen Ausgaben“.

Die Abg. Dr. Stosmann (Antl.) und Genossen beantragen eine Resolution, nach der die verdeckten Regierungen möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorlegen sollen, in dem die Beitragspflicht der Reichsritter entfällt, so zu den Kolonialstaaten grundsätzlich anerkannt und gleichzeitig der Platzkasten festgestellt wird, nachdem die Beitragspflicht zu demselben ist.

Nach längerer Debatte, in der die Abg. Dr. Bachmick (freil. Vp.), Singer (Goz.) und Dr. Böhl (Bentzum) für, Abg. Graf Stolberg-Bernigeroode (Antl.) gegen den Antrag spricht, wird der Antrag Stosmann angenommen; ebenso die Resolution der Budgetkommission.

Der Rest der einmaligen Ausgaben wird debattlos bewilligt, ebenso die Einnahmen.

Der Antrag Eichhoff (freil. Vp.) auf Berweisung des Etats für Kiautschau an die Budgetkommission wird angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Etat der Zölle und Betriebssteuern, Stempelabgaben u. j. w.)

Preußischer Landtag.

Berlin, 2. März 1900.

Das Abgeordnetenhaus legte heute die zweite Berichtigung des Eisenbahn-Etats fort. Die Debatte setzte sich in Einzelheiten. Von der Reform der Rentenversicherung war kaum mehr die Rede. Um so ausführlicher wurde über die Ausnahmen für Koblenz und Bingen. Von verschiedenen Seiten wurde Angesichts der Koblenznot im Lande ihre Auflösung gefordert. Minister von Thiele teilte mit, daß die Koblenznotenanstalten zwar augenscheinlich an Verträge mit ausländischen Firmen gebunden waren, daß sie sich aber erneut erklären, nach Ablauf dieser Verträge die Städte nicht mehr zu billigeren Preisen ins Ausland zu liefern. Eine große Rolle in den Verhandlungen spielte die Kanalfrage. Neue Gesichtspunkte wurden dabei weder von den Anhängern noch von den agrarischen Gegnern in's Treffen geführt. Noch wurden eine neue Volksabstimmung vorgetragen, dann wurde die Weiterberichtigung auf Sonnabend vertagt.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungskommission. Die Freitag-Sitzung erledigte nur die beiden Paragraphen, welche sich auf die „Hilfestellung der Betriebsunternehmer und Betriebsbeamten“ beziehen. In dem ersten Paragraphen handelt es sich zwar um eine ungewöhnliche Ungerechtigkeit, aber um eine solche „nur“ gegen die Arbeiter. Den Sicherungen Arbeitern wird nämlich jeder Anspruch auf denjenigen Schadensersatz gegen den Unternehmer oder dessen Betriebsmitglieder entzogen, der nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch jedem anderen Menschen aufsteht. Nur in dem durchaus unpraktischen Falle, daß der Unternehmer den Unfall vorsätzlich begegnet hat, kann der Arbeiter von dem Unternehmer eine Entschädigung auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs verlangen. Die in dem Unfallversicherungsgesetz vorgesehene Entschädigung ist eine viel geringere als die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Der unglückliche Arbeiter ist also in all den Fällen, in denen der Unfall durch die Schuld des Unternehmers verursacht worden ist und in denen ihm nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein Entschädigungsanspruch zufließt, durch das Unfallversicherungsgesetz schwer geschädigt. Die Sozialdemokraten beantrachten, diese durch nichts begründete Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter endlich zu beseitigen. Die bürgerliche Wehrheit ließ sich aber hierauf nicht ein, sondern lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab.

Infolgedessen bemühten sich die Sozialdemokraten, wenigstens eine von der Regierung vorgeschlagene Verabschaffung des Gesetzes zu verhindern. Der Antrag auf die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu zahlende Entschädigung soll auch den Hinterbliebenen eines Bergungsdienstes entzogen werden, selbst dann, wenn sie nach dem Unfallversicherungsgesetz einen Anspruch auf Rente nicht haben. Diese Bestimmung wird praktisch in dem Falle, daß ein verheiratheter Arbeiter durch einen Betriebsunfall getötet wird, der zum Untergang seiner Familie verpflichtet gewesen wäre. Wenn nun die Witwe und Waisen des Verstorbenen zusammen bereits als Rente 60 Prozent des Arbeitsergebnisses erhalten, so steht den Eltern des Verunglückten nach dem Unfallversicherungsgesetz ein Anspruch auf Entschädigung nicht zu. Ohne die von der Regierung beantragte Verabschaffung wären sie dann auf Grund des B. G. B. eine Entschädigung von dem Unternehmer verlangen. Dies wird jetzt durch die von der Regierung beantragte Änderung ausdrücklich ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten verlangten wenigstens diesen Zusatz zu streichen. Aber auch das wurde abgelehnt, so daß also nicht nur die frühere Ungerechtigkeit bestehen bleibt, sondern eine neue hinzukommt.

Bei dem nächsten Paragraphen verbreiteten sich die bürgerlichen Vertreter ganz anders. Hier ist ja auch von der Haftung des Unternehmers gegen die Betriebsgenossenschaften die Rede. Nach dem bestehenden Gesetz haftet unter gewissen Umständen der Betriebsunternehmer oder dessen Betriebsmitglieder und zwar dann, wenn durch froschierliches Urteil festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorsätzlich oder doch fahrlässig durch Absicherung derjenigen Aufsichtsamt, zu der er verhältnis seines Amts, Bruchs oder Gewerbes verpflichtet ist, herbeigeführt hat. Er hat dann alle Aufwendungen zu begleichen, welche die Betriebsgenossenschaft oder Hauptschulzasse zu machen verpflichtet ist. Gegen diese Bestimmung erhoben naturnahe die Vertreter ländlicher Kreise lebhafte Einwürfe. Es kommen, so behaupten sie, sehr oft Fälle vor, in denen ein Besitzer durch eine kleine durchaus entz

Koch-, Bäcker- und Conditor-Wäsche.

Die Firma wurde auf allen beschickten Ausstellungen mit hohen oder höchsten Preisen ausgewiesen, weil sie die praktischsten fertigen Wäsche- und Anzugarten ausgestellt hatte.

Weisse Jacken	aus bestem Körperstoff, Stück von	3,50 Mk. an.
Weisse Schürzen	aus starkem Elsasser Double, Stück von	85 Pf. an.
Weisse Schürzen	aus schlesischem Hausleinen, Stück von	1,35 Mk. an.
Weisse Mützen	aus bestem Körperstoff, Stück von	60 Pf. an.
Back-Schürzen	mit Latz aus grau Leinen, Stück von	80 Pf. an.
Back-Tücher	grau Leinen in jeder Breite und Länge, Meter von	22 Pf. an.
Dressir-Betzel	aus ungebleichtem Prima-Körper, Stück	40 Pf.
Arbeits-Jacken	aus grauem, kräftigen Drell, Stück von	3,25 Mk. an.
Arbeits-Hosen	aus grauem Drell, Paar von	1,95 Mk. an.

Henel's Consum-Tischzeuge, Reinigungstischtücher und Servietten, Handtücher, Wirtschaftstücher, Kellertücher etc. mit und ohne Inschrift.

Rölich illustrierte Preislisten kostenfrei! Franko-Versand aller Waaren im Werthe v. 20 Mk. an.

Julius Henel

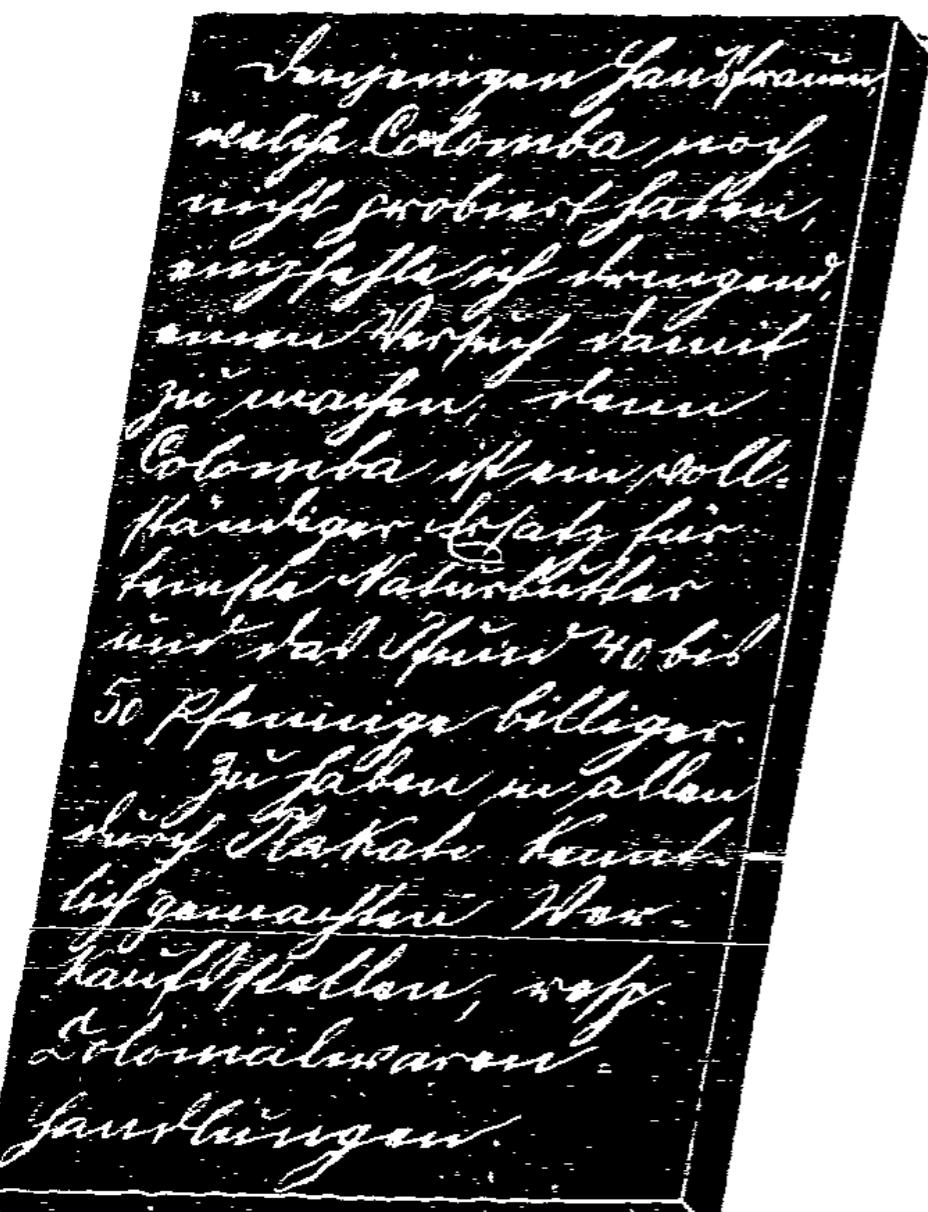
vorm. C. Fuchs, 5
Kais. u. Königl. Königl. Prinzl. u. Fürstl. Hofliefer.
Breslau I. Am Rathause 24 27.

3000 Mark Belohnung!

Am 12. Dezember v. J. wurden uns allein über 1100 Stück Zitter-Instrumente bestellt und zahlen wir auf die Bedingung jeder bislangen Konkurrenzfirma, die uns nachweisen kann, dass sie jemals die gleiche Anzahl von diesen Instrumenten bis dahin an einem einzigen Tage bestellt worden ist. Es ist dieses wohl der beste Beweis für die Güte unserer Instrumente und den bedeutenden Umfang unseres Geschäftes. Unsere Harmonikas mit gesetzten geschützten Neuentwicklungen sind unübertroffen, stark und solide gebaut und können mit sämtlichem Zubehör mit 10 Tagen in garantiertem Zeitraum ausgeliefert werden.

Zitter-Register Tremolando-Zitter-Apparat in allerbester Ausführung 50 Mk., oder mit vorzülicher Rückenbedienung 50 Pf. extra. Versand zu den Nachnahme-Posten 50 Pf. gratis. Kein Risiko. Umtausch-Geld zurück. Wenn unsre Instrumente nicht gut aussehen, bestellen Sie sie uns gratis in franko unserer Preisliste, wenn Sie doch nicht überzeugt sind, können Ihnen z. B. am besten und billigsten zu kaufen.

Herfeld & Comp., Neuenrade (Westfalen).
eine tatsächlich grösste Harmonika-Fabrik am Platze. 5000



Breslaus grösste und billigste Bezugsquelle.

Möbel

5010

auf

Abzahlung

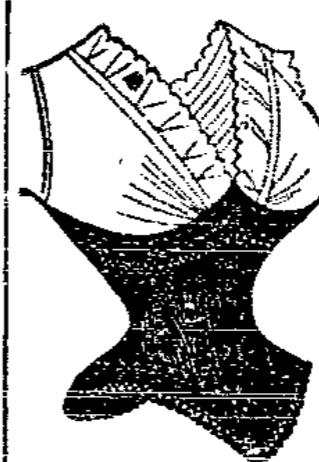
S. Osswald, Waren-Credit-Geschäft,

Breslau, Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.

Anzahlung ein kleiner Theil. — Kunden ohne Anzahlung. — Ansicht gern gestattet.

Seamle erhalten Credit, auch nach außerhalb; event. ohne Anzahlung.

Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage, gegenüber dem Haupteingang der Magdalenenkirche.



Alleinverkauf des Garantiecorsets „Felicitas“ von Mk. 4,50 an.

Schönste, moderne Form — vorzüglicher Sit und höchste Haltbarkeit.

Jede Käuferin erhält einen

Garantieschein

auf 8 Monate, während welcher etwa gebrochene Einlagen umsonst ersetzt werden.

Grösste u. mehrfach preisgekrönte Corsetsfabrik

78 Ohlauerstrasse. Paul Rawitz, genau gegenüber.

Hochelaganteder

Knochen-Anzug

in unbefüllt, hübschen Farben, reizendes Design mit Überdrucken in Samt oder Stoff.

nur 5 Mk.

ein wundlicher Kleidungsstau, welcher auch weiter empfohlen wird.

Deutsches Kaufhaus

Ohlauerstrasse Nr. 45b, an der Promenade, parterre und 1. Etage.

Färberei u. gewiss Wash-Anstalt für Damen- und Herren-Garderoben.

Decken, Möbelstoffe

Ballgarderoben,

Gardinen etc.

G. Strauch

Friedrich-Wilhelmstr. 19

!! Zur Confirmation !!

Für Mädchen

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Für Knaben

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Lackschuhe	2.00	Halbschuhe	3.50
do. mit Spangen	2.50	hohe Gamashen	5.00
elegante Halbschuhe	3.50	beklebt	
hohe Stiefel	5.00	„Handarbeit“	6.25
hohe Stiefel mit		Schnürstiefel	5.00
Lack	6.00	elegant, federleicht	6.00

Beilage zu 53 Mr. der "Volkswacht."

Sonntagnachmittag, den 8. März 1900.

Krieg in Südafrika.

Der Fall von Ladysmith ist in England mit viel Aufsehen genommen worden. Während bei der Nachricht von Kapitulation Cronje die Bevölkerung verhältnismäßig wenig blieb, wurden am Donnerstag in London alle Gebäude leer. England fühlt sich erlöst, wie von einem Alp. Im Schauspiel erklärte der Kriegsminister am Donnerstag: Die Arbeit vor einem brohenden Unheil sei jetzt gehoben. Durch Entschluss von Ladysmith sei England einem Unglück entgangen in Folge der energischen und erfolgreichen Offensivebewegung in Orange-Freistaat.

Der Entschluss von Ladysmith ist aber, wie sich jetzt herausstellt, nur möglicher geworden durch ganz gewaltige Opfer. Der Chef von Ladysmith, General Buller, hat daher statt eines Todes einen Tadel erhalten. Zwischen den Zeilen der Presse, in welcher die Königin Victoria ihre Teilnahme an die schweren Verluste der irischen Regimenter kundgibt, ist man in London Missbilligung für das schontungslose Tun der Truppen heraus.

Nach Mitteilungen aus dem Burenlager geben Augenzeugen der letzten Kämpfe die englischen Verluste als enorm an.

Die Engländer wurden auf 70 Yards aus den Buren beflockt und geradezu niedergemäht. Die angriffsfähiger und die Regimenter Dublins, Dorset und Hampshire hatten ungeheure Verluste. Die Engländer hatten Kanonen aufgeschossen, doch in solcher Art, daß dieselben nicht scharf werden konnten.

In Britanniens macht man sich täglich auf die Nachricht vom Einmarsch der Engländer in Bloemfontein gefaßt, um vertheidigen die beiden Burengenerale De Wet und Vorwärts Roberts so lange zu verzögern, bis die gesamte Burenstreitmacht bei Wynburg konzentriert ist.

Wie aus Viljoen gemeldet wird, ist jetzt auch die Aufführung der Belagerung von Mafeking seitens der Buren angedeutet worden. Joubert's Plan gehe dahin, ein kleines Ausweichquartier in Denfries der Drakensberge zurückzulassen, um die Armeekorps zu beschäftigen, dagegen die übrigen Armeekorps in dem nördlichen Oranjerivale zu konzentrieren. Bloemfontein sollte preisgegeben werden.

Wie wenig man übrigens in den leitenden Londoner Zeitungen einer baldigen Ablösung der Buren rechnet, ist aus Mitteilungen hervor, welche der englische Kriegsminister am Donnerstag im Unterhaus machte. Er sagte: „Wir werden in unseren Anstrengungen nicht erlaubt. In der mit dem 4. März endenden Woche werden Schiffe mit 4700 Mann abgehen, am 11. März 5 Schiffe mit 11.800, am 18. März 11 Schiffe mit 9900, am 21. März 9 Schiffe mit 8900, am 1. April 6 Schiffe mit zusammen rund 33.000 Mann. Weitere 17.800 Mann werden bald folgen. Rund 56.000 Mann müssen die Engländer also vorläufig noch nach Südafrika schicken, so daß deren Ankunft die englischen Streitkräfte ca. 250.000 Mann gegen ca. 50.000 Buren betragen werden.

Waters Korrespondent telegraphiert aus Parrsberg:

Cronje's prokretige Vertheidigung verdient in den Arten Kriegsgeschichte einen hohen Platz. Beide Flüsse waren voll von Trümmern, und zwar Trümmern, wie sie bisher nie gesehen worden sind. Es sind wirklich unterirdische Wohnungen entstanden. Es müßte denn eine Granate oben in das Loch geworfen. Wie es den Buren möglich war, in dem furchtbaren Zustand zu existieren, ist unbegreiflich. Alle zehn Stück lag ein Kind, Kind, Maule und Ochs, in jeder Flussschlucht versteckt. Der Zustand des Lagers spottet jeder Besiedlung. Ich besuchte dasselbe, ehe die Wachen kamen, um die Geiseln fortzuführen. Die Buren lagen überall in Gruppen, ihre Geschütze waren direkt und abgezogen, und fast alle tranken einen Schluck Branntwein. Unter ihnen waren mehrere Männer und Kinder, von denen Niemand Verletzungen erhielt, außer einem kleinen Mädchen an der Fingerwunde. Zwischen diesen Männer und ihren Frauen und Kindern fanden sich keine Abschleißer statt. Während der Belagerung sind drei britische Offiziere und neun Soldaten als Gefangene gefangen. Sie erklärten, daß Bombardement war furchterlich. Man kann allen diese Schrecklichkeit und bedauerte sie in jeder Begegnung.

Als der Besiedl. kam, daß alle Gefangenen den

Fluß nach dem englischen Lager überschreiten sollten, warf jeder sein Gewehr auf einen Haufen, nahm seine Habe auf den Arm und watschelte mit ausgezogenen Beinsfeldern über die Furt. Die Szene glich einer gigantischen Parodie, nicht einem grimmigen Akt im Kriegsdrama.“

Parlamentarisches.

In der Wahlprüfungscommission des Reichstages sind die Wahlen der Abgeordneten Volk (nat.) und Dr. Zwicker (fr. v. B.) bestanden und diejenige des Abg. Müller-Rudolfstadt (nat.) für gültig erklärt worden.

Bei der Wahl des Abg. Zwicker, der bekanntlich im V. Berliner Wahlkreis gegen unseren Genossen Robert Schmidt gewählt wurde, handelt es sich um Folgendes: Nach dem Prostoll bei der Stichwahl im 412. Bezirk der Wahlvorsteher die Wahlhandlung nicht genug den Bestimmungen des § 12 des Wahlrechts eröffnet haben. In diesem Bezirk wurden 330 Stimmen für Zwicker und 181 für den sozialdemokratischen Kandidaten Robert Schmidt abgegeben. Ferner soll Beweis über die Behauptung erhoben werden, daß in mehreren Bezirken nicht wahlberechtigte Personen gewählt haben. Es handelt sich hierbei um fünf Stimmen. Endlich sollen die Alten noch darauf hin geprüft werden, ob eine Anzahl Personen zu recht gewählt haben, von denen behauptet wird, daß sie zur Zeit der Wahl Armeunterstützung bezogenen.

Partei-Angelegenheiten.

Die deutschen Sozialisten in der Schweiz. Der in Zürich domicilierte Landesausschuß der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie in der Schweiz veröffentlichte jüngst seinen Jahresbericht für 1899. In demselben wird zunächst konstatiert, daß die Landesorganisation in der besten Weiterentwicklung begriffen ist und daß ihr im Berichtsjahr die Vereine in Genf, Zug, Uznach und Uster beigetreten sind, so daß die Gesamtzahl der Sektionen 33 in 26 Orten und mit ca. 2800 Mitgliedern beträgt. Sowohl Angaben genauer sind, bestehen 22 Sektionen 7254 Bände in ihren Bibliotheken. Die Jahreseinnahmen des Landesausschusses betragen 1986.86 Fr. die Ausgaben 1165.57 Fr., der Kassenbestand 801.29 Fr. Der Fonds zu Gunsten der politischen Flüchtlinge hatte eine Einnahme von 306.30 Fr. und eine Ausgabe von 151.05 Fr., so daß an Schlüsse des Berichtsjahres ein Kassenbestand von 155.25 Fr. verblieb.

Für die Altrigkeit unserer Genossen in der Schweiz zeugt auch der Umstand, daß in den Sektionen für 4329.78 Fr. Schriften verkauft wurden. — Für den Monat August ist eine Zusammenkunft der Arbeitervereine und sozialdemokratischen Mitgliedschaften auf dem Berg Nollen im Kanton Turgau geplant, wobei die Genossen Liebnecht und Dr. Adler, Wien Ansprachen halten werden.

Die Landeskongress der Sozialdemokraten Sachsen wird vom nächsten Sonntag für den 17. und 18. Au. nach Dresden einberufen. Der Hauptpunkt in der vorläufigen Tagesordnung ist das neue Gemeindewahlprogramm.

Parteipresse. In der "Sächsischen Arbeiterzeitung" stehen einige Auszüge berichtet. In der gestrigen Nummer des "Vorwärts" wird die Stelle eines ersten politischen Redakteurs, die bisher Genosse Ledebour innehatte, ausgeschrieben und auch Genosse Eichhorn, der seit Jahren an der "Sächsischen Arbeiterzeitung" thätig war, theilt mit, daß er diese Stellung am 1. April aufgibt. Er wird die Redaktion der "Mannheimer Volksstimme" übernehmen.

Gen. Adler, der Redakteur des "Harburger Volksblattes", hat die Stelle eines ersten Redakteurs an der "Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" angenommen.

Majestätsbeleidigungsprozeß.

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß wurde am Donnerstag ohne Ausschluß der Öffentlichkeit vor der zweiten Strafkammer am Berliner Landgericht verhandelt. Angeklagt war der Militärpolizist Johann Ernst Arnoldt, ohne Domizil. Er ist schon dreizehnmal wegen Bettelns — daneben auch vielfach wegen Gewaltthärtigkeiten — vorbestraft und seit einer langen Reihe von Jahren fast ununterbrochen im Korrektionshaus gewesen. Erst am 2. September v. J. war er nach zweijähriger Detention aus dem Arbeitshaus in Strausberg entlassen worden. Am 11. November betrat er in angekündigtem Zustande ein Restaurant in Schönfeld bei Bernau und begann, ankläglich an seine Invalidität, Vergleiche zwischen Kaiser Wilhelm I. und dessen Enkel, dem jetzigen Kaiser, zu ziehen, die für ersten sehr günstig, für letzteren überaus abschädig ausfielen. Die anwesenden Bauern warnen den Angeklagten, er möge den Mund halten und sich seiner Majestätsbeleidigung schuldig machen, aber er fuhr unbeirrt in seinen Schimpftreitern fort, bis er aus dem Lokal hinausgeworfen wurde. Vor Gericht gab er an, er müsse ständig betrunken

gewesen sein, denn er wisse von dem Vorfall gar nichts und sei im übrigen längst gestorben bis auf die Knochen, wenn er auch das Unglück habe, nicht arbeiten zu können. Die Zeugen bestreiten die sinnlose Trunkenheit und deshalb erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis.

Im vorigen Sommer bei der Anwesenheit der Kaiserin in Hamburg unterhielt sich die Logiswirthin des Monatsteams Johannes v. Lawoski mit einer Nachbarin über den Besuch der Kaiserin im Krankenhaus. v. Lawoski soll sich in die Unterhaltung gewischt und höchst unehrerbietige Neuerungen mit Bezug auf die Person der Kaiserin gemacht. Der Schwager der Logiswirthin, zu dessen Nachteil v. L. sich des Betruges schuldig gemacht hat, denunzierte ihn. Der Angeklagte will schuldlos sein und behauptet, die Denunziation sei auf einen Nachtwakt seiner Logiswirthin zurückzuführen. Er sei ein Verehrer des Kaiserlichen Hauses. Er sei nicht Sozialdemokrat und gehörte auch keinem politischen Verein an. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten durch die Zeugenaussagen für völlig überschaut und beantragte zuflüchtig der gegen den Angeklagten fürztlich wegen Betrugs erkannten Strafe von fünf Wochen eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu dieser Strafe und beschloß die sofortige Verhaftung.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die Situation in Böhmen und Mähren ist unverändert. Die Arbeiter halten immer noch in sämtlichen beteiligten Kreisen mit bewundernswertem Opferwillen aus. Aus Pilzen wird berichtet: Im Laufe dieser Woche wollen, wie verlautet, die jüngstescheinen Bergarbeiter die Arbeit aufzunehmen. Dem Streik dürfte das wenig Abbruch thun, da ihre Gesamtzahl im streik eine verschwindende ist, sie dürfte 60 Mann nicht übersteigen.

Aus dem Teplitzer Kreis meldet man: Die Stimmung der Streikenden ist auf heute weit über alle Erwartungen glänzend. In den abgehaltenen dreizehn Versammlungen wurde die Mintheit von der einstimmigen Annahme der dringlichen Behandlung der Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Das war auch bei der von 5000 Personen besuchten Versammlung in Dux der Fall, wo im Übrigen auch mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit ausgesprochen wurde, daß die Bergarbeiter Montag unter keinen Umständen einzufahren werden. Unterdessen enthalten die Unternehmer und ihre Lakaien eine sieberhafte Thätigkeit, um durch falsche Gerüchte oder durch die alten Preissmittel die Arbeiter zum Streikbruch für Montag zu bearbeiten. Die Brüder Kohlensäuerlich erläuterte heute eine Kundmachung, worin die in den Werkstätten wohnenden Arbeiter unter der Androhung gerichtlicher Sanktionen aufgesfordert werden, sich sofort zur Arbeit zu melden oder binnen drei Tagen die Wohnungen zu räumen, da diese angeblich für neu aufgenommene fremde Arbeiter benötigt werden. Die Arbeiter lächeln über diese Drohungen wie über die Prahlereien, da sie über die den Gewerken zu Gebote stehenden Mittel wohl informiert sind. Eine ähnliche Erklärung leistet sich auch die Dux-Bodenbacher Gesellschaft, natürlich mit demselben Effekt. Ein Flugblatt der Gewerke dagegen versucht es mit Zuckerbrot. Es wird darin den Arbeitern des ganzen Bezirks versprochen, daß jeder, der am Montag die Arbeit aufnehme, einen größeren, ratenweise abzustatteten Betrag erhalten solle. Die Arbeiter begrüßen alle diese Kundmachungen als Zeichen, daß die Unternehmer sich des Gastes der Lage endlich bewußt werden, und daß sie sich wenigstens für die nächsten Tage keine Hoffnung machen. Der nächste Montag wird den Herren den Beweis liefern, daß ihnen auch ihre neuen Mittel nichts helfen.

Die Untersuchung des angeblichen „Überfalls“ des Wachpostens bei dem Dynamitmagazin des Mag. Karl-Schachtes in Littitz hat ergeben, daß der wachhabende Soldat den Schuß aus Unvorsichtigkeit abgegeben hat und den Überfall zu seiner Entschuldigung vorschlägt.

Nach diesen fand die Explosion an Bord des Dampfers "Frankenthal". In demselben Augenblick, als sich der Dampfer in Bewegung setzte, explodierte ein Dampftreibholz, wodurch 6 Heizer sofort von den auständigen Dampfern getötet wurden; 4 andere Heizer wurden schwer verletzt und liegend ins Hospital gebracht. Unter den Passagieren herrschte vollkommenste Ruhe; sie wurden alle ausgeschifft und an Bord eines englischen Dampfers gebracht.

Wegen Fälschung eines Testamente wurden in Posen zwei Gräber gestört, Vater und Sohn, sowie ihr Advokat verhaftet. Die Fälschungen betreffen angeblich die Summe von zwei Millionen.

Unter der Beschuldigung der Gedächtnisschwäche wurde dem

Berl. Tagebl. zufolge in New York der frühere Berliner Rechtsanwalt Dr. Friedmann verhaftet. Als Angeklagter tritt ein russischer Hochstapler Seziorin, alias Graf v. Taxis, auf.

Ein Telegraphenkabel um die Erde. In England ist man soeben erstmals mit der Ausarbeitung eines Plans beschäftigt, um ein die Erde umspannendes Telegraphenkabel herzustellen, welches direkt in London einlaufen soll. Das Kabel wird in Vancouver (British Columbia) beginnen und über die Südostküste nach den Philippinen zwischen Neu-Kaledonien und Neu-Seeland gehen. Dort soll sich ein Kabel nach Neu-Seeland abweigen, während die Hauptlinie nach dem Festlande von Australien führt. Von dort soll es über die Südsee nach Samoa führen, dann über Mauritius nach Afrika führen, wo die Endigung entweder in Kapstadt oder Kapstadt erfolgen soll. Von da aus soll nun die Linie über S. Helena und Barbados nach den Bermudas-Zügen weiterführen, wobei das bereits nach Halifax vorhandene Kabel erreicht und damit der Anschluß an die Ostküste Nordamerikas gewonnen ist, von wo bekanntlich ein direktes Kabel nach England besteht. Die ganze Strecke hätte eine Länge von 42.000 Kilometern, deren Herstellung auf 620 Millionen Mark veranschlagt wird.

Gerichtliches.

3 Monate Gefängnis um ein vergessenes Kreuzband. Die Nichtbestellung einer an sich wertlosen Kreuzbandbindung hat für den Briefträger Karl Hohenstein in Berlin nicht nur zur Folge gehabt, daß er seine Stellung verloren hat, sondern er hatte sich auch wegen Vergehens im Amt vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte,

der beim Postamt 5 angestellt war, hatte bei seinen Bestellungen eine Witwe kennengelernt, mit der er ein Verhältnis antrat. Er bejubelte sie häufig und verweilte länger bei ihr, als mit der ihm zu den Bestellungen zugemessenen Zeit vereinbar war. Während dieser Zeit sollen bei der Postbehörde mehrfach Beschwerden über nicht bestellte Sendungen eingelaufen sein. Der Angeklagte räumte dem ihm vernehmenden Vorgesetzten gegenüber ein, daß er nur ein einziges Mal eine Kreuzbandbindung, eine Probenummer der "Deutschen Zeitung" entnahm, bei seiner Braut gelassen habe, um sie dem Adressaten zuzustellen. Dieser Chatbot wurde auch in der Verhandlung festgestellt, so daß der Angeklagte verurteilt werden mußte. Der Gerichtshof erkannte an, daß im vorliegenden Falle die vom Gesetz vorgeschriebene geringste Strafe von drei Monaten eine harte sei. Die Postbeamten sollen aber durch strenge Strafandrohung vor Widerwärtigkeiten gewarnt werden. Der Angeklagte sei mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen.

Hebamme und Arzt. Ein eigenartigen Rechtsstreit hat das preußische Oberverwaltungsgericht zu Ende gebracht, worüber der Volkszg., wie folgt berichtet wird: Eine verheirathete Hebamme hatte mit einem verheiratheten Handwerkmeister heimlich ein Liebesverhältnis unterhalten. Als die Kolleginnen der Hebamme hierauf Kenntnis erhielten, erstatteten sie Anzeige, und die Polizeibehörde erbebte gegen die Hebamme die Klage auf Untersuchung ihres Gewerbebetriebs, weil sie nicht mehr einen „unbescholteneñ“ habe. Gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses, welche auf Entziehung des Prüfungszertifikates lautete, wurde von der Berufsteileitern darauf verwiesen, daß ihre Vertirung nicht im Zusammenhang mit ihrem Gewerbe steht, daß sie stets einwandfrei ausgeübt habe. Das Oberverwaltungsgericht wies indessen die Berufung der Hebamme als unbegründet ab. Die Hebamme haben nach Lage der Gelegenheit strengere Anforderungen an ihre Unbescholtenseit zu erfüllen, als die Arzte. Ihnen kann die Ausübung ihrer ärztlichen Tätigkeit auch nach Begehung schwerer Verbrechen nicht dauernd unterfangen werden. So wäre auch eine weibliche Arztin, die etwa mit einem verheiratheten Mann ein Liebesverhältnis unterhielte, „unbescholteneñ“ in Stande, als Geburtshelferin thätig zu sein; aber die Hebamme wird in gleichem Falle ausgeschlossen, weil die Gelegenheit ihrer Herzangelegenheiten mit ihrer Berufstätigkeit in Verbindung bringt.

Zum Kohlengrubenstreik in Mittel-Deutschland liegen folgende Meldungen vor:

Das „Halleische Volksblatt“ schreibt: „Der Streit im mitteldeutschen Kohlenrevier nähert sich seinem Ende. Die Wettichen-Wethenseler Gesellschaft hat für ihre bei Hohenwölzen gelegenen Gruben alle Fortsetzungen bewilligt mit Ausnahme der Verkürzung der Schichtdauer. Die Lohn erhöhung beträgt sogar zum Theil mehr als die geforderten zehn Prozent. Die Schichtlöhne in der Grube für Häuer betragen bisher 3.20 Ml. und für Schieber 2.80 Ml.; sie betragen nunmehr 3.80 Ml. für Häuer und 3.30 Ml. für Schieber. Die Häuerlöhne stiegen somit um 12½ Prozent, die Schieberlöhne um rund 18 Prozent. Die Brausehöder sollen hergerichtet werden und zwar, wenn es die Witterung gestattet, schon bis zum 1. April. Auch genügende Feuerung, das tausend Steine zu 5 Ml. (bisheriger Preis 7.75 bezw. 9 bis 10 Ml.) sollen die Bergleute von der Grube geliefert erhalten. Es ist anzunehmen, daß dieselben Bewilligungen auch den bei Stredau gelegenen Gruben dieser Gesellschaft zuerkannt worden sind. Genauere Nachrichten darüber liegen bis zur Stunde nicht vor, doch geht soeben die Meldung ein, daß die Belegschaften die Arbeit wieder aufzunehmen bereit sind.“

Auch von den Niedersächsischen Montanwerken und der Sachsen-Thüringischen Aktiengesellschaft wird ähnliches gemeldet.

Man scheint im allgemeinen geneigt zu sein, die Löhne um 10—15 Prozent zu erhöhen. Dagegen steht die Verkürzung der Arbeitszeit nach wie vor noch auf Widerstand. Es hat den Anschein, als wollten sich die Arbeiter mit der Lohnverhöhung zufrieden geben.

Die Breslauer und den östlich von Halle gelegenen Revieren ruht die Arbeit noch vollständig.

Arbeiterbewegung.

Die Karlsruher Schaeidergesellschaft sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen wurden im Laufe dieser Woche der Staatsregierung unterbreitet, die sich bereit erklärte, die laufenden Verhandlungen zur Unterhandlung einzuladen.

Die Steinbauer in Tessin, die sich durch die Drobung der Ausbauer, die Steinbrüche für die Dauer eines Jahres außer Betrieb zu setzen, nicht einübereinigten ließen, haben nun doch noch einen Sieg errungen. Die Arbeitszeit wurde von 11½ auf 11 Stunden herabgesetzt. Die Lohnzahlung findet monatlich statt mit wöchentlichen Bruttolohngutschriften, während sie bisher nur alle fünf bis sechs Wochen erfolgte; die Lohnkantone ist auf den Betrag eines Wochenlohnes beschränkt, während er bisher zwei bis drei Wochenlöhne ausmachte. Renger erklärte die Regierung, zur Regelung dieser Verhältnisse ein besonderes Gesetz und zwar schon für die nächste Zeit ausarbeiten zu wollen.

Die Buchdrucker in Bremen erreichten durch Unterhandlungen mit den Unternehmern eine Erhöhung des Wochenlohn-Betragsums von 35 auf 37 M. und des Alterslohs von um 3 Prozent pro laufend Buchdrucker gleich 3 M. mehr die Wette, für Überzeitarbeit wird entsprechend höherer Lohnzuschlag, für Sonntags- und Feiertagsarbeit wird doppelter Lohn geschah. Der Nachmittag des 1. Mai wird freigegeben. Die „Niederschlesier“ lehnten eine Mitwirkung bei den bezüglichen Unterhandlungen ab, das Ertrogene aber nehmen sie an.

Soziales und Provinziales.

Breslau, den 3. März 1900.

* **Im Sozialdemokratischen Verein** wird am Montag Abend Genosse Julius Brühns aus den Werken des genialen Medeburgers Fritz Reuter rezitieren und zwar wird auf diejenigen Stellen besonders Gewicht gelegt, die sich mit sozialen Dingen beschäftigen. Fritz Reutors plattdeutsche Erzählungen erfreuen sich in Folge ihrer urwüchsigen Kraft und ihres gesunden Humors einer so großen Beliebtheit, daß man es dem Vereine danken wird, wenn er auch seinen Mitgliedern die Kenntnis dieses Dichters vermittelt.

* **Wie das bisschen soziale Fürsorge**, welches den in Buchdruckereien beschäftigten Arbeitern durch Verordnung des Bundesrates im Juli 1897 gegeben wurde, von Seiten der Unternehmer geachtet wird, zeigt eine am 23. November v. J. vom Ortsverein Breslau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker aufgenommene Statistik, aus welcher wir Zusammenfassung halber nur die wichtigsten 6 Fragen herausnehmen wollen. Von 27 am liegenden Orte in Betracht kommenden Druckereien ergab die Umfrage folgendes Resultat: Die erste der wichtigeren Fragen lautete: „Werden die Decken an Wände der Arbeitsräume mindestens einmal jährlich mit Rafffrisch angestrichen, oder, wenn Delantrisch, jährlich einmal abgewaschen?“ Hierzu antworteten 12 Betriebe mit ja, 12 verneinten, in den übrigen 3 Betrieben ist der Auftrag nicht erneuert, resp. der Delantrisch seit länger denn Jahresfrist nicht abgewaschen worden. — Auf die 2. Frage: „Werden die Wände, Fenster, Regale zwei Mal jährlich vom Staub gereinigt?“ erhielt der Vorstand folgendes Resultat: 12 Firmen belogen die Vorschriften, 3 nur einmal im Jahre und 11 kümmern sich überhaupt nicht darum und bei einer sogar nur wenige mal jährlich ist — Die dritte der Fragen, ob die Fußböden der Druckereien täglich durch Abwaschen, oder jährliches Abreißen gereinigt werden, wurde von 8 Betrieben mit ja, von 11 dagegen mit kein beantwortet; bei den übrigen ist wohl der Fußboden mit Delarbe geputzt, doch nicht derselbe nur geputzt. — Die vierte Frage, ob für je 5 Personen ein Spülkarpi vorhanden und ob dieselben auch täglich gereinigt werden, beantworteten 24 Firmen mit ja, nur einige Firmen lassen die Spülkarpi wöchentlich nur einmal reinigen. In einem Geschäft, resp. Sonderabteilung derselben sind gar keine Spülkarpi vorhanden. Auf die fünfte Frage, die Wirtschaftlichkeit betrreffend, ob jeder Arbeiter seines Brotes zum Brotzeit hat, antworteten 21 im肯定的en Sinne, während bei den anderen die Wirtschaftlichkeit unvollständig ist. Die letzte der Fragen, ob die Schuhgeschäfte, wenn nicht besondere Räume hierfür vorhanden, in verschließbaren Schränken untergebracht werden, beantworteten 23 Firmen mit ja, bei einigen anderen werden die Schuhgeschäfte durch einen Vorhang geschützt, während bei zwei Firmen überhaupt gar nicht an besondere Maßregeln zu denken ist. So werden die Bestimmungen von Seiten der Unternehmer gehalten. Das aber auch in manchen Geschäften

die Gehilfen selbst nicht von aller Schuld freizusprechen sind, indem sie nicht rechtzeitig ernsthaft auf Abhilfe der Uebelstände drangen, darf wohl nicht g leugnet werden. Nur 8 Geschäfte können sich rühmen, den bürgerlichen Verordnungen voll und ganz nachzukommen. Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt am Schlusse eines Artikels: „Wenn der Herr Gewerbeinspektor kommt, ist alles sein sacerdotalisch hergerichtet, den gewöhnlich wissen ja die Prinzipale, daß der Herr Inspektor zu erwarten ist, da wird dann das Rothwendigte schnell gemacht. Das folge Reaktionen ihren Zweck verschließen, ist wohl erschlich, besonders da dieselben judem noch sehr selten sind, wofür die Schuld aber wohl kaum dem Gewerbeinspektor beizumessen ist, sondern dem großen Wirkungskreise desselben, der es nicht ermöglicht, mehr Reaktionen vorzunehmen. Wenn ja auch anerkannt werden muss, daß gegen früher manches besser geworden ist, so bleibt bis zur gewissenhaften Befolgung der Vorschriften noch viel zu thun übrig.“

Um dem Herrn Gewerbeinspektor Gelegenheit

zur Abhilfe zu schaffen, werden wir denselben eine Statistik übermitteln und wollen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die nächstjährige Statistik bessere Resultate zeigt.“

Auch wir schließen aus den Ausführungen des oben genannten Blattes an und hoffen im Interesse aller davon Beihilfeten im nächsten Jahre vor einer bedeutenden Besserung berichten zu können.

* **Schiller und die Breslauer Steinseher-Zeitung.** Am 14. März und folgende Tage findet in Berlin der VI. Verbandstag des Verbandes deutscher Steinseher-Zeitung statt. Zu demselben hat auch die Breslauer Steinseher-Zeitung einen Antrag eingebracht, welcher, nach der „Deutschen Steinseher-Zeitung“, wie folgt zu lauten:

„15. Die Steinseher-Zeitung (Zwang-Zeitung) zu Breslau wird zur öffentlichen Diskussion stellen unter dem Motto: „Man (!) strebe nach dem Ganzen, kannst Du ein Ganzen nicht werden, als dienendes Glied schließe an ein Ganzen Dich an.“ (Schiller). Nieder-Berichtung von Plasterfugen im Allgemeinen:

- Die verschiedenen Arten derselben.
- Die Dichtung der Fugen mit Cement oder Traubindriel.
- Woher ist die Ursache des Auftreibens des Cementbindriels aus den Fugen beim Beschaffen des Plasters mit schwerem Zahnfuhrwerk zu suchen?
- Wie ist derselbe zu vermeiden?
- Welche Dichtungsart ist für gutes Granitplaster bei schwerem Lastenverkehr als am widerstandsfähigsten und wetterfestesten am Meisten zu empfehlen?
- Welche Dichtungsart für Plasterfugen ist bei Umlegungen beziehlich Reparaturen von Straßenbahnen gebräucht, wo es auf möglichst schnelle Wiederherstellung des Bahns, sowie öffentlichen Fahnerlehrts ankommt, uns (!) unter Berücksichtigung der notwendigen Dauerhaftigkeit zu empfehlen?

Referent: Herr Obermeister Ernst Bellendorff sen., Breslau.

Es ist ja gewiß lobenswert und muß anerkannt werden, daß die Breslauer Steinseher-Zeitung bemüht ist, ein möglichst vollkommenes Verfahren zum „Dichten“ von Plasterfugen ausfindig zu machen. Aber daß diese Sorten „Dichtungen“ heute noch so unvollkommen sind, dafür kann doch wahrlich der arme Schiller nicht. Eigentlich könnte man es auch in bejagter Steinseher-Zeitung wissen, daß Schiller von Beruf nicht Plasterfugen-Dichter, sondern ein wirklicher, richtiger Dichter gewesen ist, d. h. ein Dichter, der Gedichte, und kein Steinseher-Dichter „gedichtet“ hat.

Da hat es übrigens ja auch mal einen gewissen Johann Sebastian Bach gegeben, der sich durch die „Herstellung“ seiner „Fugen“ auch heute noch einen Namen, wenigstens bei manchen Leuten, bewahrt hat, obwohl er jetzt lange tot ist. Wenn man in der Breslauer Steinseher-Zeitung mal etwas von den „dauerhaften“ Fugen dieses Mannes erfahren sollte, passirte es höchstlich auch noch dem seligen Bach, ein Motto zu einem Thema über — Plasterfugen hergeben zu müssen. —

* **Stadt und Großgrundbesitz** in ihrem Verhältnis zu einander bezüglich der aufzubringenden Schullaften beleuchtet gell eine Berechnung, die jetzt durch die Blätter geht. Es ist besonders auf die Verhältnisse im schlesischen Regierungsbezirk Oppeln Bezug genommen.

Dieser hat eine Gesamt-Wirtschaftsfläche von 1.04 Mill. Hektar; davon entfallen auf den Großgrundbesitz 0,4 Mill. Hektar, also fast die Hälfte. Das zur Erzeugungsteuer veranlagte Vermögen betrug in sämtlichen Städten des Regierungsbezirkes für das Jahr 1897, 98 837 Mill. Mark, auf dem Lande aber 102 Mill. Mark, also das Doppelte. Was gab nun der Staat den Städten zu den Schulunterhaltungskosten und was den platten Landen? Zu den Lehrergewäldern gab der Staat den Landgemeinden ca. 1.500.000 Mark (gleich 60 Prozent der Gesamtsumme), den Städten aber nur ca. 350.000 Mark (35 Prozent). Zu den Schulwänden gab er dem platten Lande rund 240.000 Mark (27 p.c.), den Städten aber nur rund 10.000 Mark (5 p.c.) und für sonstige jährliche Schulausgaben den Landgemeinden 20.755 Mark (5 p.c.), den Städten nur 3.440 Mark, d. i. 1 p.c. der Gesamttauswendungen für den Zweck. Das die Städte teilweise nur wenig leistungsfähig waren, geht aus dem Umstande hervor, daß sie 11.015 Mark an Schulgeld erheben müssten, während die Landgemeinden nur im Ganzen 126 Mark erheben haben.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse fast im ganzen Königreich, wo nur irgend die Städte in Betracht kommen. Sie haben ja den preußischen Landtag in der Hand und sie werden selbstverständlich die für sie günstige Konjunktur gebührend ausnutzen. Hatte sich doch neulich erst ein oberösterreichischer Magistrat wegen einer ganz geringfügigen Summe, die er zu den Gemeindelosen beisteuern sollte, vor das Gericht zitiert lassen. Und er ist nicht der einzige, der's soweit treibt. Für diese Herren sonst der Staat ja überall, warum nicht auch in der Schullaftenfrage. Ich weiß, wenn der Bater Staat die Kosten für die Schulen aufträgt — sei es auch noch so ein beispielloses Maß — wer wollte dann Seitens dieser Herren noch behaupten, daß die Rechtsanwälte leiden?!

* **Am Wetter ist sehr wenig räumenswerthes zu berichten.** Der „Kritische Tag“, der 1. März, hat einen gründlichen Witterungsbericht gebracht. Statt der lachenden Frühlingsonne jetzt Sauer und Eis und Eis und Schnee! Ganz empfindlich fällt es geworden und besonders das Klima führt das Dreißiger recht bedenklich. Und die schneidende Kälte willt auch auf die Kleider ein — in unangenehmer Weise natürlich. Besonders die Kratzkästen können darüber den besten Ratsherrn geben. Erfahrungen der Ablösungsgesetze, Herzschlag u. s. w. sind an der Tageordnung, sobald es so plötzlicher Witterungswchsel ein-

tritt. Welchen Einfluß derselbe ausübt, dafür nur zu wissen. In einer hiesigen Verkaufskasse, die, ne bemerkt, nicht zu den größten gehört, wurden in der Woche 29 Erkrankungsfälle — wovon 9 mit Erwerbsunfall — gemeldet. In der letzten Woche aber stiegerte sich die Zahl der gemeldeten Erkrankten auf 47, die der Erkrankungen auf 22. Der Unterschied ist in die Augen gegründet. Soll der „Nachwinter“ noch lange währen?

* **Eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise** für den Kleinverkauf ist auf den oberösterreichischen Gruben eingetreten. So hat die „Aeolephasgrube“ die Preise für Kartner um 5 Pf., die Brigittaer Gruben um 6 Pf. nachdem die Emanuelsegen-Grube die Preise für ihr gehörten Marken vor Kurzem bereits um 12 Pf. erhöhte. Den lohnenden Vertrieb der Kohlen nach den bedrohten Gegenden haben eine große Menge Agenten übernommen, denen viele aus Österreich kommen. Die Großhändler länder und Wohlheim, denen gegenüber die Gruben zurücktreten, soweit sie nicht am Ort verbraucht werden, sind, richten ihr Augenmerk auf diese Verkaufsart, in der sie eine schwere Schädigung ihres Gewerbes erleben; können doch die Firmen bei Weitem nicht der Frage genügen. Mit welchen hohen Verdienst die Verarbeiter, geht daraus hervor, daß sie den Bentner Kohle 95 Pf. bezahlt erhalten.

* **Der Ausstand der Sattler** in der Battfeld (nicht Barthelshof) ist seit Donnerstag wieder beigelegt.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Die Stadtverordneten-Versammlung fällt dem Unternehmen am Donnerstag, den 8. d. M., aus.

* **Kreisschulinspektoren in Schlesien.** Die Kreisschulen zählt zur Zeit im Ganzen 131 Kreisschulinspekte, nämlich 53 ständige und 78 im Nebenamt befindliche. Davon fallen nach offiziellen Mitteilungen auf den Regierungsbezirk 15 ständige und 24 nebenamtliche, auf den Regierungsbezirk 1 ständiger und 51 nebenamtliche, auf den Regierungsbezirk 37 ständige und 3 nebenamtliche. Die Kreisschulinspektoren im Nebenamt gehörn sämtlich, nur Stadtschulrat Dr. Pusch in Breslau ausgenommen, dem geistlichen Stande an.

* **Chronik der Grubenunfälle.** Donnerstag Nachmittag auf Gotthardtreppe der Bergmann Thomas Wolz dadurch, daß ihm durch herabfallende Kohle der Kopf schwer wurde. Er fand Aufnahme im Beuthener Knappenhäuslereazieh, wird an seinem Auskommen gezweifelt. — Am 26. Februar auf die Schichterin Pauline Lutolske beim Abrollen eines Eisenwagens von dem Rad an den Füßen getötet und erlitt bei schweren Quetschungen am Unterleib, denen sie im Knappenhäuslereazieh zu neu-Herdt erlag.

* **Stadt-Theater.** Am Sonntag findet eine Aufführung von Bizets Oper „Carmen“ statt. Am Nachmittag wird kleinen Preisen Johann Strauß' Operette „Die Fledermaus“ gegeben.

* **Im Lobe-Theater** finden am Sonnabend und Sonntag Wiederholungen der Operette „Die Pumpe“ statt. Sonnabend wird das Blumenthal-Kadelburg'sche Lustspiel „Ich wieder kam“ gegeben. Die Proben des Gerhart Hauptmann'schen Possenreisels „Schlaf und Tau“ sind sowohl gefördert, daß die erste Aufführung in der nächsten Woche erscheint.

* **Thalia-Theater.** Am Sonntag geht „College Drama“ von Gerhart Hauptmann neu einstudiert in Szene.

* **Schwerer Unglücksfall.** Am Donnerstag Nachmittag der 51 Jahre alte Dachdecker Hinderlich von dem Dache des Klosterstrasse 37 beim Aufziehen von Kies in Folge eines Fehltritts in den Hofraum hinab. Er wurde sofort in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder geschafft, wo nur der bereits getretene Tod festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde in Wohnung auf der Rosenstrasse untergebracht.

* **Unglücksfälle.** Der Kutscher Eisküter von der Kätheinerstraße kam in Herda beim Besteigen eines schweren Wagens an Fall und wurde überfahren, wobei ihm der Unterkiefer zerplattet wurde. — Ein Knecht fiel von einem Wassertrichter, der auf dem Platz stand, und geriet unter die Räder.

Er erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. — Einem Schleicher von der Gellborstrasse wurde durch die Bohrmaschine rechte Daumen abgerissen. Die Verunglückten fanden im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme. — Am 28. v. M. Morrena geboren sich zwei junge Leute, die Gebünder Jezpa der Schweizerstrasse, in einem Tanzlokal so renitent, daß die Polizei gerufenen Schutzleute von der Waffe Gebrauch machen mußten, wobei beide Radabreiter Wunden davontrugen. — Ein Schleicher verunglückte an einem Gehstock und erlitt eine schwere Verletzung des rechten Fußes. Diesen Verletzten wurde durch den Verein williger Krankenpfleger Hilfe geleistet. — Am 28. v. M. Nachmittags, ein Arbeiter einen Handwagen om Ohlauer Graben entlang zog, fuhr ein Biehtransportwagen so heftig an, daß der Arbeiter zu Boden stürzte und überwältigt wurde. Auch wurde er von dem Pferde auf die Brust getreten. Scheinend ist er nur leicht verletzt worden.

* **Alarmierung der Feuerwehr.** Am Freitag M. 4 Uhr wurde die Feuerwehr nach Moritzstrasse 14 gerufen, wo im ersten Stock gelegenen Küche ein Teil der Dienung und Balkenlage vor und unter dem Ofen in Brand geraten war. Wiedem durch Abtragen des Ofens die brennenden Theile freigeworden, wurde mit der Handspritze gelöscht.

* **Zur Ermittlung.** Am 27. v. M. (Freitag) einem Herrn ein Portemonnaie mit 50—70 M. und eine Tasche abhanden, welche fünf Hundertmarksscheine, eine für Jahr 1900 von der Polizeibehörde in Hamburg ausgegebene Reisegenehmigungskarte und eine Eintrittskarte für den am 8. d. Monat stattfindenden Nansen-Vortrag enthielt. Es ist anzunehmen, daß ihm Beides gestohlen ist.

* **Einbruch.** Am 1. d. M. Abends, drang ein Arbeiter in die Cantine einer Fabrik am Mohrenweg, indem er den Fenster zertrümmerte. Da der Wächter durch das hierbei entstehende Geräusch aufmerksam geworden war, gelang es dem Einbrecher an Ort und Stelle abzufallen, worauf der Schuhmann übergeben wurde.

* **Diebstähle.** Einem Kaufmann auf der Auguststrasse wurde am 1. d. M. ein Regal für Bäcker im Wert von 50 M. gestohlen. — Aus einem Hause auf der Berliner Chaussee wurde ein Wächter ein grüner Kinderwagen gestohlen.

* **Gestohlenen** wurde auf dem Oberösterreichischen Baum ein Schmiedelehrling, der seinem Meister in Bregenz nach einer Wiedergabe von 65 M. entlaufen war. Von dem Gelde, welchem sich noch 48 M. vorstanden, hat er sich einen Koffer und ein Paar Gamashen gekauft.

* **Polizeiliche Melbungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. M. 32 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: ein goldenes Pinecone, ein goldenes Armband, weißer Kindervelzkrug, eine goldene Brille, ein Trauring, Schildfassensbuch und ein Lautsprecherbuch. — Abhanden kam eine schwarze Damenuhr, ein Uhrlässer, ein Zehnmarschblatt, ein Maulkorb. — Entlaufen ist ein gelber Zughund.

Veranstaltung der Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe. Schluß Sitzungnahme zu dem in nächster Woche in Berlin tagenden Hoteldeiner, Portiers, Kellnern und Auschänkern am Donnerstag die Restaurant. Zur einleitenden Referat des Vorsitzenden Kollegen Wischöfky wies dieser auf die Befürdungen der Vertreter des Gastwirtschaftsgewerbes vor der Kommission für Arbeitssatzifit hin. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die außerordentlich traurigen Mißstände in dieser Branche besprochen. Im Hotel Monopol a. B. sei die Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis Abends 11, vielfach auch bis Nachts 1 Uhr, ohne jede Ruhepause. Zum Einnehmen des Mittagessens sei meistens keine Zeit vorhanden. Sohn gibt es keinen, die Angestellten sind nur auf Trinkgelder angewiesen. Aehnlich waren die Klagen über Niegner's sowie Gebauer's Hotel. In letzterem soll eine eigentliche Ruhepause fehlen. Schlaflosigkeit überhaupt nicht festgestellt sein; Portier und Hoteldeiner waren in einer Person vereint, so daß der Betreffende also Tag und Nacht Dienst hatte und nur bei Wechselung seiner Wäsche sich der Kleider entledigen konnte. Es wurden verschiedene Anträge an den Kongress gestellt, welche Abstellung dieser Uebelstände zu verlangen. Als Delegirter wurden Kollegen Wischöfky und Rother als Erstmann gewählt.

Liegnitz. 2. März. **Verhandlung der Töpfer** und **Steinzeugherstellern**, die in eine Lohnbewegung einzutreten beabsichtigen, überreichten Königlich an den Vorstand der bestehenden Innung einen neuen Leontarif, welcher eine Mehrforderung von gegen 25 Prozent im Sich barg. Eine Innungssammlung unter dem Vorsitz des Obermeisters Hermann nahm zu dieser als zu hoch erachteten Forderung Stellung; in der nächsten Versammlung soll ein definitiver Beschluß darüber gefaßt werden. Vorläufig arbeiten die Gesellen nach dem alten Tarif weiter.

Bunzlau. 28. Februar. **Nein zu den Damen** a. d. Einer etwas ungalanten Entschluß führte die bietige Stadtverordneten-Versammlung, indem sie den Antrag, den Bunzlauer Damenwahl im dortigen Stadtgebiet und der Gelt. (?) ablehnte.

Alt-Wartburg. Am Dienstag, den 27. Februar sprach hier einer gut befreiteten Versammlung Gewerkschafts-Brüder u. -Schwestern, Lage und die Sozialdemokratie. In 1½ stündigen Vorträgen legte der Vorsitzende eingehend alle gegen die "gräßliche" Flottenvorlage vor, welche eingehend alle gegen die "gräßliche" Flottenvorlage dar und schloß unter leidenschaftlichen Beifall mit der energetischen Aufforderung zum Protest gegen diese Vorlage. Einige Abstimmung fand dann folgende Resolution: "Die heute im Saale des Herrn Stanke verfaßten Arbeitervon Alt-Wartburg und Umgegend protestieren entschlossen gegen die neue Flottenvorlage. Dieselbe ist ihrer Überzeugung nach in den Verhältnissen durchaus nicht begründet, wird nicht die Interessen der Masse des Volkes, sondern lediglich die der obnein bevorzugten Klassen fördern, den Arbeitern aber neue ungeheure Steuerlasten auferlegen. Die der Flottenvermehrung zu Grunde liegende Weltmachtpolitik stürzt das Deutsche Reich nur in die großen Gefahren auswärtiger Bedrohungen, die wiederum den Arbeitern neue Lasten auferlegen werden. Die Versammlung fordert daher vom Reichstage die unbedingte Ablehnung der Flottenvorlage."

Grüneberg. 28. Februar. Der alte, auf dem Lande leider noch immer gewöhnliche Brauch, auf Schnittwunden den für Stellung zu Mutes Spinnwurm zu legen, hat einem Wirtschaftsmagnaten in der Ortschaft Itzehoe das Leben gefestet. Er hatte sich Schnittwunde an der Hand gebracht und legte sofort Spinnwurm auf die verletzte Stelle. Nach zwei Tagen schwoll ihm die Hand und dann der ganze Arm an. Der herztigerne Arzt stellte Bluterguß fest und als Ursache die Vergrößerung der sich ganz unabkömmlichen Schnittwunde durch das Spinnengewebe. Der Ungeschickliche starb unter qualvollen Schmerzen.

Beuthen O.S., 2. März. **Arbeiterbewegung.** In den letzten Tagen des Februar haben in Rydzlau, Kreis Rybnik, Arbeitern

Versammlungen von Bergarbeitern des Rhönkreises stattgefunden. Es wurde, nach oberschlesischen Blättern, beschlossen, Ansatz März in einen allgemeinen Streik einzutreten.

Königshütte. 3. März. Die wahrhaft traurigen Verhältnisse auf dem Staatsbahnhofe in Königshütte halte das "Königlich. Tagebl." einer scharfen Kritik unterzogen. Gegen den Redakteur der Zeitung ist nun von der Eisenbahndirektion in Katowic die Klage angestrengt worden.

Gewerbegericht.

Ohne Rücksicht entlassen und geschlagen wurde nach einer Angabe der Konditorgebäck N. von dem Konditor Schrattke, welche er in Stellung war. Er verlangt deshalb eine Entschädigung an Lohn für zwei Wochen à 5 Mark und ebenso für Kost und Logis pro Tag 1.80 Mark, so daß die Gesamtforderung 35.20 Mark beträgt. Beklagter führt an, daß ihm Kläger beim Auftritt gefangen habe, er könne Torten machen; derselbe habe ihm aber dann den Teig verdorben. Kläger, der außerhalb soeben seine Lehrzeit beendet hatte, bemerkte hierzu, daß er beim Auftritt ausdrücklich gefragt habe, daß er sich im Berufe weiter ausbilden wolle und deshalb aus die Stellung beim Beklagten angenommen habe. Das Gewerbegericht verurteilte diesen zur Bezahlung von 31 Mark an den Kläger. Der Vorsitzende bemerkte in der Begründung des Urtheils, daß Beklagter wohl wissen könne, daß er für 5 Mark wöchentlichen Lohn seinen Konditorgebäck ersten Ranges bekommen könne. Wenn ihm der Kläger den Teig verdorben habe, so hätte er diesem wohl klügig, aber ihn nicht ohne Weiteres entlassen können. Die vom Kläger geforderte Entschädigung für Kost und Logis von 1.80 Mark pro Tag erachtete das Gewerbegericht als zu hoch, indem bei demselben der Betrag von 1.50 Mark für angemessen erachtet und festgesetzt sei und wurde in dem Urtheil die Summe hierfür dementprechend erniedrigt.

Neueste Nachrichten.

Reichstag und Flottenvorlage.

Der "Vorwärts" zufolge, glaubt man die zweite und dritte Lesung des noch rückständigen Vorschlages Mitte März im Reichstage erledigen zu können. Hierauf werden die zurückgebliebenen Theile des Gesetzes zur Weiterberatung gestellt, und dann die dritte Beratung in Angriff genommen. Auf diese Weise hofft man, bis zu den Österreichischen das Parlament zu bewältigen. Nach Österreich werde die Flottenvorlage die parlamentarische Arena beherrschen, da die Absicht besteht, diese Vorlage in der Budgetkommission noch vor der Osterpause zu erledigen.

Englische „Kulturarbeit.“

Die zur Bestrafung der Wa.-Leute — welche seinerzeit zwei Offiziere ermordet und die britisch-chinesische Grenzkommission angegriffen hatten — entsendeten britischen Truppen zerstörten am 26. Februar den Balladenbau der Wa.-Leute zu Mengtum, ohne daß sie selbst Verluste dabei hatten. Am folgenden Tage eroberten die britischen Truppen, vereint mit den chinesischen Mannschaften, die ganze Gruppe von Dörfern, die mit den Morden in Verbindung stehen. 50 Eingeorene wurden getötet und 2000 Gebäude niedergebrannt.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. März

Herrnths-Auskünfte. I. Dreher Fritz Neumann, evang., Linnestraße 7, und Selma Steinberg, evang., Turmgasse 74. — Zigarettenmacher Augustin Schneider, lath., Friedrich-Karlstraße 9, und Anastasia Schneider, lath., ebenda selbst.

Zeltgarten. Letzter Monat der Winter-Theater. u. Spezialitäten-Salon. Das Beste zuletzt: 8 Spezialitäten-Schlager

Gastspiel v. Mdm. Leonora	???	???	???	Unerklär. Geheimniß.
---------------------------	-----	-----	-----	----------------------

Allabendlich ausverkauft!

Venus auf Erden. Im Tunnel: Schönheits! Originell! Im Lager der Buren.

Todes-Anzeige. Am Donnerstag, den 1. März starb unser Vereinsmitglied und College, der Strohhutarbeiter

Herrmann Nierle 238 im Alter von 31 Jahren.

Sein collegialischer Sinn sichert ihm bei uns ein dauerndes Andenken.

Beerdigung: Sonntag, den 4. März 1900, Nachm. 1/24 Uhr, nach Gräbschen.

Trauerhaus: Gabitzstraße 25, Hinterhaus, II. Etg.

Die organisierten Hutarbeiter Breslaus.

Striegau. **Öffentl. Versammlung** Sonntag, den 4. März, Nachmittags 3 Uhr in der Brauerei zur Bier-Quelle, Gräben.

Wöbel, Piegel u. Polsterwaren eigener Werkstatt vom besten Material gefertigt, unerreicht billig. P. Büchsenhart, echt 90 M. 18

Wöbel, mit 60 M. 18

Muskel 45

Aufzäh 83

van in gutem Stoff 25

Stelle mit Platz 30

Orts mit hoher Lehne 3

Samml. and. Ausstattungsstücke bekommt man nur bei Panier, Sandstraße 15, dicht am Neumarkt. 38

Thalia-Theater. Sonntag: "College Crampton".

Wöbel, Striegau.

Öffentl. Versammlung Sonntag, den 4. März, Nachmittags 3 Uhr in der Brauerei zur Bier-Quelle, Gräben.

Wöbel, Tagessordnung:

1. Vortrag über soziale Gesetzgebung, spezielle Berücksichtigung des Unfallgefahrens. Referent: Genoisse Stolpe, Grüneberg. 2. Diskussion. 3. Verchiedenes.

Der Einberufer.

Witwoch, den 7. März. Abends 8 Uhr

Veranstaltung des Wahlvereins Bunzlau-Lüben in den "Drei Kronen".

Auf der Tagesordnung steht u. A. ein Vortrag des Genossen G. Nitschke. Zahlreiches Ereignissennothwendig. Der Vorstand.

Kinder-Corsets nach äußerlicher Vorschriß

Confirmanden-Cors v. 50 Pf. anfangend.

Damen-Corsets anerk. vorz. sit. Bütstenhalter

bequemes Corset der Gegenwart von 3 Mark an 152

D. V. vertun Reichenstraße 55.

I Goldschlägerleihling wird verlangt. Meldungen in meinem Comptoir, Höschen-Straße 81.

Louis Boronow.

Geld auf Wänden im Leibamt Friedrich-Wilhelmsstr. 46, am Striegauer Platz. 232

Langenbielaer Leinwand-Haus

Inlets, Säcken, Gardinen, Wachsleinwand auf Tische, Arbeiterhosen und Hemden, waschbare Blousen, schwarze Strümpfe etc., alles zu Fabrikpreisen.

G. Völkel, Friedrich-Wilh.-Str. 20.

Zur Einsegnung

Bardier Emil Kühnel, evang., Vinzenzstraße 19, und Gustav Vogt, evang., Ohlauerstraße 18. — Arbeiter Josef Schwillich, lath., Rückergasse 6b, und Anna Hauptmann, lath., Königsplatz 7. — Schneidermeister Christian Staron, ev., Nikolaistraße 23/29, und Emilie Albrecht, ev., Gräbschenerstraße 108b, und Rosenthaler Karl Drechsler, lath., Breitestraße 41, und Auguste Weiler, lath., Rückergasse 4. — Arbeiter Max Hoffmann, evang., Turmgasse 12, und Martha Stenzel, ev., ebenda. — Mauter Berthold Klapfer, ev., Rückergasse 7, und Maria Kunert, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 52, ev., Salva-Orloj 3/4. — Bardier Josef Kaiser, lath., Ring 2, und Martha Demets, Straße 69, und Hermine Kust, ev., ebenda.

Geburten. II. Buchbinder Julius Mitschke, lath., T. — Militär-Invalide Eugen von Schid, lath., T. — Arbeiter Gustav Kiedel, ev., S. — Feuerwehrmann Paul Schaefer, ev., S. — Tischler Karl Martin, ev., S. — Telegraphen-Borbeiter Wilhelm Preißegott Adler, ev., T. — Schlosser Oskar Stephan, ev., S. — Arbeiter Georg Weigelt, lath., T. — Arbeiter August Hob, ev., T. — Sattlermeister Paul Henrich, lath., T. — Arbeiter Johann Drechsler, lath., T. — Schneidermeister Ferdinand Weiß, Julius Herder, ev., S. — Führer Friederich Stiller, ev., T. — Schlosser Paul Seidl, lath., S. — III. Postunterbeamter Karl Habich, evang., T. — Maschinist Hermann Roth, ev., S. — Tischler Hugo Sabik, ev., T. — Buchdrucker Paul Berger, ev., S. — Tischler Paul Kuda, lath., T. — Schuhhändler Paul Firmer, lath., T. — Maier Albert Müller, ev., S. — Kaufmann Hermann Freyer, ev., T. — Kellner Adolf Greshchukina, ev., S. — IV. Kellner Gustav Peuler, ev., S. — Tischler Eugen Knape, evang., T. — Arbeiter Hermann Mauer, ev., T. — Kaufmann Paul Müller, jah., T. —

To des Fälle. II. Arbeiter Robert Kippel, 53 J. — Bahnhofbeiterin Frau Auguste Wix, geb. Wolf, 35 J. — III. Arbeiter Paul Rothleit, 29 J. — Louise, T. des Arbeiters August Hermann, 1 J. — Arbeitersfrau Selma Schönfeld, geb. Matur, 41 J. — Mautersfrau Auguste Ulrich, geb. Greif, 51 J. — Herbert, S. des Schneiders Robert Krause, 3 Mon. — Paul, S. des Steinigers Paul Olson, 3 J. — Erblass Carl Fühmann, 65 J. — Otto, S. des Gastwirts Christian Pätz, 7 Mon. — Erifa, T. des Klavierstimmers Ernst Roed, 9 Mon. — Max Curt, S. des Zigarrenmachers Emil Blechner, 15 J. — Walter, S. des Winters Wilhelm Hiller, 7 T. — Aufzugsleiterin Louise Kraft, geb. Sillat, 56 J. — Instrumentenbauer Karl Harbers, 71 J. — IV. Tischler Paul Dietrich, 37 J. — Buchhändler Oswald Rutzke, 45 J. — Johannes, S. des Kaufmanns Viktor Steinert, 7 Mon. — Hedwig, T. des Arbeiters Johann Art, 5 Mon.

Briefkasten.

Abonnement in Brieg. In der "Volkswacht" vom 17. Februar finden Sie jeden Brief mit entsprechenden Nummern ebenfalls abgedruckt.

Wasserstands-Nachrichten.

Gebl. stand	Met. fallig	8 Uhr	Reise											
St.	Met.	Reise												
3. J.	2,20	1,76	2,44	—	3,52	3,6	5,42	5,72	5,13	2,22	5,30	1,38	3,59	—
2. J.	2,25	2,01	2,90	0,65	3,60	3,49	5,61	5,80	5,21	2,77	5,24	1,12	3,83	3,88

* Ausführungsbüro für Rottweil 2,50, für Freiberg (Oder-Ost-Rieden) 3,22.

Gebrauchte Fahrräder vollständig, Reparaturen, Einführung und Versicherung sauber und billig. Billigste Bezugssquelle für Fahrrad-Zubehörtheile. **Fritz Heiderreich** Friedrich-Wilhelmstraße 5 a. Telefon 3291.

S. Hurtig, Mein seit 15 Jahren bestehendes **Bahn-Atelier** habe ich den bewährten Händen des Herrn Dr. chir. dent. Hans Block übergeben.

M. Geschinski. Rentschestr. 14 (Postgebäude).

Fränenfrage und Sozialdemokratie Lily Braun-Gizycki. Preis 20 Pf.

Bänder-Auction d. 14. März. H. Schütze, Paulstr. 261.

Zur Einsegnung

empfehlen wir

Confirmanden-Anzüge

elegant sitzend und tadellos gearbeitet aus nur guten haltbaren Stoffen

zum Preise von Mr. 10—30 Mr.

Gebr. Taterka, Ring Nr. 47.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Barzahlung zu streng festen Preisen.

218



Zur Einsegnung

empfehlen wir

Confirmanden-Anzüge

elegant sitzend und tadellos gearbeitet aus nur guten haltbaren Stoffen

zum Preise von Mr. 10—30 Mr.

Gebr. Taterka, Ring Nr. 47.

Der Verkauf erfolgt nur gegen Barzahlung zu streng festen Preisen.

218

Anzüge in Tuch, Satin, Cheviot, Hammargarn und anderen gut tragbaren Stoffen, blau, schwarz oder braun u. vorzüglicher Ausführung von Mk. 10.50 bis Mk. 32.00.

S. Guttentag,

Ohlauerstr. 76/77, I. u. II.

234

Thalia-Theater.

Direktion Dr. Theodor Roewe.

Sonntag, den 4. März 1900

Nachmittags-Vorstellung:

Die Journalisten.

Einspiel in 4 Akten von Gustav Freytag.

Regie: Herr Regisseur Niedl.

Personen:

Oberst Bera	Herr Johow
Ida, seine Tochter	Herr Gabron
Koehnold, Künstler	Herr Gabri
Senden, Wutsheimer	Herr Henze
Professor Oldendorff, Redakteur	Herr Knauth
Conrad Polz, Redakteur	Herr Polz
Bellmann, Mitarbeiter	Herr Tora
Rämpe, Mitarbeiter	Herr Scholz
Müller, Postbeamter	Herr Müller
Kummelberg, Redakteur 1 der Zeitung	Herr Steinmetz
Schmid, Mitarbeiter 1. "Coriolan"	Herr Lehmann
Wienbrink, Weinhandlung, Kaufmann	Herr Hey
Lotte, seine Frau	Herr Maeder-Siegemund
Berta, deren Tochter	Herr Bohler
Kleinmeier, Preyer u. Wahlmann	Herr Lamrecht
Dr. John	Herr Barnstorff
Johannes Schwarz	Herr Thalheim
Eine Freude Sonderin	Herr Dorfer
Werk, Zweiter vom Seite Adelheids	Herr Borna
Karl, Bedienter des Obersten	Herr Haußen
Ein Angerer	Herr Klein
Reiseurengasse, Deputationen der Bürgerlichkeit.	
Die Handlung: Die Vierstadt einer Form.	

Zum dritten Mal findet eine längere Pause statt.
Der Verwandlungs-Bordengang führt im 1., 2. und 4. Akt je einmal

Einloch 3 Uhr. Aufzug 3½ Uhr. Ende gegen 6 Uhr.

Audienz 7½ Uhr:

Gesellschaft Etampion.

Komödie in 5 Akten von Herrn Hartmann.

Für Personen in jedem Alter!

Vom Säugling aufwärts!

Bleidfucht! Bleidfucht!

Dr. med. Theuer's
Hämoglobin-Albuminat

ist gleichzeitig
Nähr- und Kräftigungsmittel

Steckfäßige, Magere,
Magenkrämpfe.

Dr. med. Theuer's
Hämoglobin-Albuminat
ist gleichzeitig
Nähr- und Kräftigungsmittel
für Kinder. Es ist ein
sehr leichtes und
billiges Mittel, das
die Verdauung erleichtert
und die Ernährung
verbessert. Es ist
speziell für Kinder
geeignet.

Prof. Dr. Weissner,
Führer des Gesamten
gr. Pferdehandelsgebietes:
Hämoglobin ist ein sehr
gutes und billiges
Mittel für Kinder.

In den meisten Apotheken 1 Flasche Mf. 2,50.

Arme Personen leisten Preisvergleich
im Laboratorium, Breslau, Zadowstraße 80, Hof.

Kinderwagen

Kinderfahrtwagen

zu außall. billigen Preisen.

B. Suchantke,

Breslau,

Obertorstraße 13, pit. 1. u. 2 Eig.

Kinderwagendecken sehr billig.

Kleidungs-, sowie alle Gebrauchs- und Luxus-

waren in größter Auswahl billig.

Inventur-Ausverkauf!

Beginn am 26. Februar, nur 10 Tage.

Ermässigung 10—40%

(die Ermässigung wird von den, auf den Etiquette vermerkten Preisen in Abzug gebracht)
auf Kleiderstoffe, Confection, Bettzeuge etc. etc. etc.

Einzelne Stoffen in Kleiderstoffen sowie große Mengen Reste aus allen Lägern werden spottbillig verkauft

H. Silberstein,

Friedrich Wilhelmstraße 71 (Ecke Schwertstraße).

Nur streng feste Preise.

Hüt! Hüt! Hüt!
Für Herren und Knaben
direkter Bezug aus der Fabrik
bietet am besten und billigste
Möglichkeit in jeder Preislage, Unter-
formen und Sportmäntchen
auf Lager
Nr. 2 Friedr. Wilhelmstraße Nr. 2
bet F. Paul.

Arac Rum Cognac

selbst importiert ein grossen deta-
ll. Punsche u. Glühweinfract
Sassan, Aeneas, Brugger,
Keller-Wein u. pastis, Kogg Cognac
u. Original- und Tasel-Liqueur
Annaberger Klosterbitter,
Kapuziner, Kurthäuser,
Curacao etc.

„Nachod“, Magen- und
Bitter Breslauer Korn mit Wei-
abgezogen, Apfelwein,
Johannisbeeren, Blaubeeren,
Grosbeerein.

Ginbeer- und Alters-Ginonaden,

Frucht- und Wein-Essig,
F. Tatel-Mostreich,
empfiehlt 163

Hermann Seidel

Breslau, Ring 27.

Telephon No. 8.
Verkaufsstellen: In Ausland
Breslau, im Komfort im Hof.

Auf Theilzahlung

Möbel, Spiegel, Polstermöbel,
schöne grosse Regulatoren
Silber, Segen, Messingware,
Teppiche usw., kaufen welche Leute
preislich per Post zu anneh-
bar in Preisen

Fischergasse 21,
größtes Abzahlungs-Geschäft
dieser Branche
der Nicolaus-Vorstadt.

Hochachtungsvoll 163

Gebr. Buchmann,

Inhaber: F. Buchmann.

Nur Schmiedebücher 60.

Reste

für Confirmanden,
wie groß. Auswahl in schwarzen
Stoffen, auch sämtliche New-
heiten für dieaison
spottbillig

M. Tichauer

Nur Schmiedebücher 60.

Bunzlau. Bonzlau.

Protest - Versammlung

Sonntag, den 4. März Nachmittags 3 Uhr
im 2. Kronen-Saal.

Tagesordnung:

1. Die Abteilungsverlage und die Sozialdemokratie.
2. Distillation. Referent: Genosse Aug. Kühn aus Langenbielau.
Eintritt 10 Pf.
3. Der Vertrauensmann.

30 Sophas u. Divans

werden einzeln
auf Abzahlung
mit einer Anzahl
von 5 Mark
u. wöchentlichen
Abzahl. v. Mk. 1
an abgegeben.

S. Osswald

Schuhbrücke 74, I.

Ortsfrankenfasse für das Schneidergewerbe zu Breslau.

General-Versammlung

Montag, den 12. März 1900. Abends Punkt 7 Uhr,
im St. Vincenzhouse (kleiner Saal).

Tagessitzung:

1. Rechnungslegung pro 1899.
2. Vorstandswahl.
3. Ermässigung des Vorstandes durch die Generalversammlung
betrifft Erwerbung eines Grundstücke.
4. Wahl der Rechnungsprüfer pro 1900.
5. Festigung der Vergütung des Vorstandes.
6. Gehaltsaufsetzung der Beamten.
7. Genehmigung eines neuen Arbeitervertrages.
8. Rückkehr der Klasse eingeladen.

Der Vorstand

F. Grawick. Vorsitzender.

Hilfe Koehler,

empf. i. gr. Ausw. z. bill. Preis.
Strümpfe, Socken, Chemise, Strümpfe,
Hosen, Hemden, Blaupfeile, Hosen, Hosen, Hosen,
Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen,
Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen, Hosen.

Kurzegasse 24.

2. Hans v. d. Fried-Carlitz.

Für die Frühjahrs- u. Sommer-Saison.

Herren- Anzüge

v. 7,50—25,50 Mk.

Herren- Paletots

v. 8,50—27,00 Mk.

Herren- Hosen

v. 2,25—8,50 Mk.

Herren- Hüte

v. 1,50—3,00 Mk.

Herren- Schuhe

v. 3,55—7,50 Mk.

Confirmanden- Anzüge

v. 6,50—15,50 Mk.

Confirmanden- Hüte

v. 0,90—1,60 Mk.

Confirmanden- Cravatten

von 5—30 Pf.

Confirmanden- Wäsche

von 20—35 Pf.

Confirmanden- Hosenträger

von 35—65 Pf.

Deutsches Kaufhaus

Oltauerstraße 45b, neben Bezirks-Commando.

229

Zur Confirmation.